

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Frank R. Pfetsch

Theoretiker der Politik

Von Platon bis Habermas

3. Auflage



Nomos

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft an
Universitäten und Hochschulen

Frank R. Pfetsch

Theoretiker der Politik

Von Platon bis Habermas

3., aktualisierte Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5015-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-9712-5 (ePDF)

3. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

VORWORT

Auf die klassischen Autoren der Theorien der Politik trifft zu, was sich auch von den Rednern der Antike sagen lässt: sie werden nicht als Klassiker geboren, sondern durch die Zeitumstände und die Nachwelt zu Klassikern gemacht. Dieser sich keineswegs automatisch ergebende, sondern selbst wieder politische Vorgang, ist Gegenstand dieses Buches. Die Entstehung, die Rezeption und die sich immer wieder bewährende Aktualität einer bestimmten Theorie bilden eine Einheit. Dabei liegt der Akzent der Diskussion auf der Entfaltung der Sozial- und Wissenschaftsgeschichte; betont wird, dass die Generierung politischen Wissens mit demjenigen gesellschaftlichen Bedingungs-komplex sehr eng zusammenhängt, der dieses Wissen schafft bzw. auf den es sich bezieht. Diese (etablierte) Wissenschaft der Politik bringt ihrerseits nicht nur Theorien hervor, sondern ist auch von ihnen abhängig, so dass man die Theorien der Politik mit einer Brille vergleichen kann, ohne die man für die Probleme der Politik blind wäre. Um im Bild zu bleiben: Die Brille verbessert nicht nur den Blick auf die Objekte – ja mit der Wirkung eines Mikroskops oder Fernglases – sondern sie ermöglicht diesen Blick überhaupt erst. Der Begriff „klassisch“ wird für die Zeit von der Antike bis zum 20. Jahrhundert verwendet.

Im Rahmen einleitender Prolegomena werden diese und weitere Interdependenzen erläutert. Zugleich wird ein Konzept entwickelt, mit dessen Hilfe sich die (bis) heute als ‘klassisch’ bezeichneten oder zu bezeichnenden Theorien in ihren historischen Bedingungs-zusammenhängen darstellen und systematisch diskutieren lassen.

Diesem Konzept folgend werden in dem sich anschließenden Hauptteil die Theorien im Einzelnen vorgestellt und ihre Wurzeln bzw. theoretischen Weiterentwicklungen aufgezeigt. Sie sind in der Hauptsache chronologisch angeordnet, wobei verschiedene Modelle ergänzend versuchen, den reichhaltigen Stoff zu gliedern und auf den Begriff zu bringen. Jedes Kapitel wird mit bibliographischen Angaben abgeschlossen.

Daran anschließend erweitern eine Synopse und mehrere Register den abschließenden Überblick, der dem Leser auch einen ‘Quereinstieg’ in die faszinierende Geschichte der klassischen Theorien der Politik ermöglicht. Der Begriff ‘abschließend’ aber meint nicht ‘endgültig’. Denn – in Abwandlung eines Gedankens von Ludwig Wittgenstein – noch nicht sehr viel wäre erreicht worden, wenn die Probleme der Theorien der Politik selbst vollständig dargestellt und endgültig gelöst wären.

Das Spezifische dieser Darstellung der „Theoretiker der Politik“ kann in folgendem gesehen werden:

- Es ist ein Versuch, die politischen Theorien aus der Zeit und den persönlichen Lebensumständen des jeweiligen Autors heraus zu verstehen. Dabei geht es zunächst um die genaue Textexegese – also um die Hermeneutik –, aber auch um das Gespräch neuzeitlicher Interpreten mit dem historischen Autor. Ferner soll auch die Zeit- und Sozialgeschichte des historischen Autors zur Sprache kommen, die bisher allzu sehr vernachlässigt worden ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass einer kru-den materialistischen Interpretation das Wort geredet wird; vielmehr soll neben der Wissens- bzw. Wissenschaftsgeschichte auch die Sozialgeschichte des jeweiligen Autors einbezogen werden.

- Selbstredend sind die Darstellungen aus heutiger Sicht geschrieben worden. Es fließen - um mit Hans-Georg Gadamer zu argumentieren – zwei Horizonte ineinander, der Vergangenheitshorizont des historischen Autors und der Gegenwartshorizont des heutigen Interpreten. Durch die Verschmelzung solcher vermeintlich getrennter Horizonte entsteht Verstehen.
- Die Auswahl der Autoren ist in diesem Sinne notwendigerweise subjektiv gefärbt. Jedoch wird der Anspruch erhoben, dass ich die für den gegenwärtigen Diskussionsstand wichtigsten Autoren ausgewählt habe, oder zumindest habe zur Sprache kommen lassen. So taucht z. B. ein Autor in unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder auf: Carl Schmitt.
- Einige Darstellungen werden mit ihren Aussagen bis in die Gegenwart verlängert, um ihre Aktualität unter den veränderten Bedingungen der Jetztzeit deutlich zu machen. So wird das Politikverständnis von Machiavelli als moderne Handlungstheorie umformuliert, die utopische Literatur von Thomas Morus bis in die Gegenwart weiterverfolgt, Kants Theorie des Friedens vor historischem und theoriegeschichtlichem Hintergrund geprüft oder der elitentheoretische Ansatz unter den Bedingungen demokratischer bzw. zivilgesellschaftlicher Sichtweisen diskutiert. Nach dem Scheitern der realsozialistischen Experimente stellt sich die Frage nach den Gründen, die möglicherweise (auch) in der Theorie von Marx und Engels zu finden sind. Diese Ausführungen sowie die zu den Elitentheoretikern wie vor allem zu Robert Michels spiegeln das Interesse an der Aufarbeitung fehlgeleiteter Entwicklungen weg von demokratischen hin zu totalitären Regimes.
- Exemplarisch wird auf einige Autoren der Gegenwart eingegangen, die sich mit der Rolle befassen, welche Autoren der Vergangenheit in der theoretischen und politischen Diskussion der Gegenwart gespielt haben: Francis Fukuyama etwa führt Hegel als Kronzeuge in der Diskussion über das Ende der Geschichte an, was die Frage aufwirft, ob er damit diesem historischen Autor gerecht geworden ist. In postfaschistischer Zeit geht es um den Nachweis, inwiefern historische Autoren Denkfiguren eingeführt oder vertreten haben, die totalitäre Regimes erklären oder gar rechtfertigen können. Die Nachkriegsgeneration hat aber auch die Frage nach der (Mit-) Verantwortung für die Verbrechen totalitärer Regimes gestellt.
- Einige Aussagen historischer Autoren lassen sich aus der ex post Perspektive verifizieren bzw. falsifizieren. Dies trifft insbesondere auf geschichtsphilosophische und solche Aussagen zu, die prognostischen Anspruch erheben.
- Die Chronologie der Autoren wird nicht in beliebiger zeitlicher Abfolge geboten, sondern versucht, sie in den übergreifenden Kontext geschichtlicher Abschnitte zu stellen. Hellenismus, Renaissance, Liberalismus, Ancien Regime, Demokratiekrise und neuzeitliche Demokratie sind historische Referenzperioden, denen einzelne Autoren zugeordnet werden können.
- Die Darstellungen repräsentieren zugleich das, was das kulturelle Erbe Europas genannt werden kann. Dieses Erbe speist sich sowohl aus dem, was zum Gemeingut des „Westens“ zusammengewachsen ist, als auch aus dem, was die für sich zu begreifenden national geprägten westlichen Kulturen als komplementäre Errungen-

schaften beigetragen haben. Die Drei-Kulturen-These, wie immer ergänzungsbedürftig, kommt in den Nationalkulturen des Britischen, Französischen und Deutschen zum Tragen. Bei den neueren Politiktheorien kommt selbstredend auch die US-amerikanische Politikwissenschaft zu Wort.

- Kalendarische Auflistungen historischer Ereignisse und persönlicher Lebensdaten der jeweiligen Autoren sollen solche Zuordnungen erleichtern. Die zusammenfassenden Synopsen am Ende des Buches ermöglichen es, die je spezifischen Gegebenheiten der einzelnen Autoren nach systematischen Fragestellungen zu erfassen.
- Es wurde darauf geachtet, die Autoren selbst zu Wort kommen zu lassen. Zitate und die Wiedergabe ganzer für wichtig erachteter Passagen sollen dem Leser einen Eindruck auch von der Sprache des jeweiligen Autors vermitteln. Schaubilder, Übersichten und Zeittafeln sollen auch den optischen Zugang erleichtern.

Dieses Buch ist das Ergebnis langjähriger Beschäftigung mit einzelnen der behandelten Theoretiker, deren Darstellung z.T. in unterschiedlichen Versionen an anderen Orten publiziert worden sind.¹ Theoriegeschichte war auch Gegenstand mehrerer Vorlesungsreihen und Seminare an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Mein Dank gilt Thomas Kreiße und Mateus Stachura, die Teile dieses Vorlesungsskripts selbständig bearbeitet und wertvolle Ergänzungen und Hinweise gegeben haben, Jens Halfwassen, der wertvolle Anregungen zur antiken Philosophie gegeben hat, sowie Gerhard Frey, der das Manuskript sorgfältig gelesen hat. Die Verantwortung bleibt selbstredend beim Verfasser. Christoph Rohloff half bei der Durchsicht und Herausgabe der ersten Version des Manuskripts, Ulf Mayer und Sara Claro da Fonseca bei der zweiten und Pamela Jawad und Anne Jürgens bei der dritten Version, die um John Maynard Keynes, Joseph Schumpeter, Carl Schmitt, Hannah Arendt, John Rawls, Michael Walzer, Charles Taylor, Will Kymlicka, Francis Fukuyama und Colin Crouch erweitert worden ist. Ihnen allen gilt mein Dank.

Weitere Informationen zum Werk, die in der Voraufgabe in gedruckter Form vorlagen, finden Sie unter: <https://www.nomos-shop.de/39273>

Heidelberg im Frühjahr 2003/2018

Frank R. Pfetsch

¹ Zu Prolegomena: Die politische Geschichte als Geschichte und die Geschichte als Wissens- und Sozialgeschichte. In: F. R. Pfetsch: Erkenntnis und Politik. Darmstadt: Wiss. Buchgesell. 1995, S. 23-50
Zu Machiavelli: Machiavellis Handlungslehre. In: Politische Studien. Zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Erwin Faul. Hrsg. von R. Breitling und W. Gellner. Gerlingen 1988.
Zur Elitentheorie: Von der liberalen Elitentheorie zur Theorie einer europäischen Zivilgesellschaft. In: Demokratie in Ost und West. Hrsg. von W. Merkel und A. Busch. Frankfurt: Suhrkamp, S. 496-519, 1999.
Zu Utopie: Politische Utopie, oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens. In: Universitas, 47. Jhg, 4, April, S. 309-318, 1992.
Zu Michels: Entscheiden - befehlen - gehorchen. Die Handlungstheorie im Banne der Demokratiediskussion um die Jahrhundertwende am Beispiel Robert Michels'. In: F. R. Pfetsch: Handlung und Reflexion. Darmstadt 1995, S. 19-59.

Inhaltsverzeichnis

I.	PROLEGOMENA ZU EINER GESCHICHTE DER THEORIEN DER POLITIK: DIE POLITISCHE THEORIE ALS GESCHICHTE UND DIE GESCHICHTE ALS WISSENS- UND SOZIALGESCHICHTE	13
II.	DAS HELLENISTISCHE WELTBILD	45
	Die griechische polis und die demokratische Öffentlichkeit	47
	Platon (428–347 v.C.)	49
	Aristoteles (384–322 v.C.)	62
III.	DAS POLITISCHE DENKEN IM MITTELALTER	81
	Aurelius Augustinus (354–430)	83
	Thomas von Aquin (um 1225–1274)	87
	Marsilius von Padua (um 1280–1342/3)	88
IV.	DIE ITALIENISCHE RENAISSANCE	93
	Niccolo Machiavelli (1469–1527)	98
V.	Der Absolutismus und der Englische Liberalismus	131
	Thomas Hobbes (1588–1679)	131
	John Locke (1632–1704)	155
VI.	BEGINN DES NEUZEITLICHEN UTOPISCHEN DENKENS	181
	Thomas Morus (1478–1535)	181
	Die Gattungsliteratur „Utopie“	185
VII.	LIBERALISMUS ALS EPOCHENBESTIMMENDES UND TRANSNATIONALES PHÄNOMEN	201
VIII.	DER ENGLISCHE LIBERALISMUS: SMITH, RICARDO, MILL, BENTHAM	209
	Adam Smith (1723–1790)	209
	John Stuart Mill (1806–1873)	223
IX.	DIE KRISE DES ANCIEN REGIMES: MONTESQUIEU, ROUSSEAU, TOCQUEVILLE	243
	Montesquieu (Charles-Louis de Secondat, Baron de la Brède et de Montesquieu) (1689–1755)	243

	Jean-Jacques Rousseau (1712–1778)	265
	Alexis-Charles-Henri Clérel Comte de Tocqueville (1805–1859)	304
X.	DEUTSCHER LIBERALISMUS ODER PREUSSENS	
	ERZWUNGENER WANDEL: KANT, FICHTE, HUMBOLDT	319
	Immanuel Kant (1724–1804)	319
	Johann Gottlieb Fichte (1762–1814)	353
	Wilhelm von Humboldt (1767–1835)	367
XI.	DER DEUTSCHE IDEALISMUS UND DER MARXISMUS	385
	Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831)	385
	Karl Marx (1818–1883), Friedrich Engels (1820–1895)	401
XII.	DIE KRISE DER LIBERALEN DEMOKRATIE UM DIE WENDE	
	ZUM 20. JAHRHUNDERT	425
	Die Klassischen Elitentheorien (Mosca, Pareto, Michels) als Antwort auf die Krise der Liberalen Demokratie und des Kapitalismus	425
	Gaetano Mosca (1858–1941)	428
	Vilfredo Pareto (1848–1923)	432
	Robert Michels (1876–1936)	445
	Elitentheorie: Theoretische Konsequenzen und politische Wirkung	471
	Max Weber (1864–1920)	489
XIII.	NEUZEITLICHE DEMOKRATIETHEORIEN	525
	Behavioralismus und Systemtheorie in der Politikwissenschaft (Parsons, Easton, Almond)	525
	Niklas Luhmann (1927–1998): Von der struktur-funktionalen Systemtheorie zur funktional-strukturellen Theorie	551
	John Maynard Keynes (1883–1946)	558
	Joseph Schumpeter (1883–1950)	561
	Carl Schmitt (1888–1985)	564
	Hannah Arendt (1906–1975)	566
	John Rawls (1921–2002)	572
	Kommunitarismus und „Multikulti“ – Walzer, Taylor und Kymlicka	576
	Michael Walzer (1935–)	577
	Charles Taylor (1931–)	579

Inhaltsverzeichnis

Will Kymlicka (1962–) 581

Francis Fukuyama (1952–) 583

Colin Crouch (1944–) 585

Jürgen Habermas (1929–) 586

PERSONENREGISTER 609

I. PROLEGOMENA ZU EINER GESCHICHTE DER THEORIEN DER POLITIK: DIE POLITISCHE THEORIE ALS GESCHICHTE UND DIE GESCHICHTE ALS WISSENS- UND SOZIALGESCHICHTE

Politische Theorien sind einerseits logische Einheiten.

andererseits bestehen sie aus Glaubenssätzen

George H. Sabine

Einleitung

Auch Gedanken ‚im Kopf‘, von denen das bekannte Volkslied sagt, dass sie „frei“ sind,² sind politisch oder können es doch sein. Der Grund dafür liegt nicht darin, dass Menschen mental tätig sind – also dass sie z.B. denken, dass sie Ideen haben oder Utopien entwerfen – sondern, dass sie einen mentalen Zustand nach außen tragen, d.h.: sie handeln, wodurch sich direkt oder indirekt in der Außenwelt entweder etwas ändert oder eine Änderung verhindert wird.

Das Politische

Als der Kern des Politischen muss also die Handlung angesehen werden, zu der auch die Sprache (im Unterschied zum intrinsischen Denken) gehört. Im Sinne einer Minimaldefinition lässt sich sagen: diejenige Handlung ist politisch, auf die die beiden folgenden Merkmale zutreffen:

Sie ist erstens *interessengeleitet* oder intentional, d.h. – sie ist nach Hegels Satz „Interesse ist nur vorhanden, wo Gegensatz ist“ – durch einen *Gegensatz* bestimmt und nicht durch einen Affekt oder unwillkürlich zustande gekommen – und:

Sie beruht zweitens auf einer Entscheidung, die ein einzelner oder eine Gruppe getroffen hat, und zwar mit dem Anspruch, dass sie für ein Kollektiv *verbindlich* gilt.³

Wenn man kontrollhalber fragt, was eigentlich nicht politisch – also privat – ist, so wird deutlich, dass ‚politisch‘ eines von jenen Prädikaten zu sein scheint, die sich auf alles irgendwie Menschliche anwenden lassen, insofern es nur konfliktbestimmt und intentional sowie öffentlich zugänglich und verbindlich ist. Bei der Bestimmung dieses allzu bedeutungsreichen Begriffs, wie sie in der Geschichte des politischen Denkens vorgenommen worden ist, mag der Vorwurf mitschwingen, es handle sich um einen Allerweltsbegriff oder sogar um eine „Leerformel“. Ernst Topitsch führt dazu aus: „Diese Leerheit ergibt sich aus dem Umstand, dass die Deutung des Universums mit Hilfe sozialer Modellvorstellungen und die Rückbeziehung des dergestalt ‚politisierten‘ oder ‚moralisierten‘ Kosmos auf das gesellschaftliche Verhalten des Menschen einen Zirkelschluss darstellt.“⁴ Allgemeiner gesprochen: in Systeme – in unserem Falle in politische Systeme – werden Deutungen hineininterpretiert, die dann nach Taschenspieler-

2 Vgl. das „Lied des Verfolgten im Turm“. In: L.A. v. Arnim/C. Brentano: 1957, S. 646–8 i.Zshg.m. den Ausführungen von Theodor W. Adorno: 1980, S. 231ff.

3 Zieht man eine moderne Gesellschaft in Betracht, dann müsste dieser krude Politikbegriff zumindest noch durch das Postulat der Öffentlichkeit bzw. der öffentlichen Kontrolle ergänzt werden.

4 Ernst Topitsch: 1960, S. 237.

trick wieder hervorgezaubert werden. So besteht für Carl Schmitt das Wesen des Politischen im so genannten Freund-Feind-Verhältnis, ähnlich dem Gegensatz zwischen gut und böse als dem Kern des Moralischen oder schön und häßlich als dem Wesen des Ästhetischen. Erlischt der Gegensatz zwischen Freund und Feind, dann ist dies gleichbedeutend mit dem Ende des Politischen. Ähnlich hatten Friedrich Engels oder Helmut Schelsky geschlossen, dass bei Beendigung personaler Herrschaft Politik durch Sachzwänge ersetzt und damit obsolet werde. Eine strukturähnliche Logik bestimmt somit den Zirkelschluß: Ein bestimmtes, meist extremes Kriterium wird zum Bestimmungsgrund für das Phänomen des Politischen erklärt und nach dessen Wegfall sein Ende deduziert.

Wenn man dennoch bei der Minimaldefinition für das Politische bleibt, kann man ungeachtet der zahlreich möglichen Ja-aber Einwände, folgendes Beispiel konstruieren: Wenn Eltern ihr Kind auf eine bestimmte Schule schicken, so mag der Prozeß, der zu dieser Entscheidung führt, von vielen bewußten oder unbewußten, also auch politisch beeinflussten Motiven begleitet sein. Der letztendliche Akt der Entscheidung aber muss nicht als politisch, sondern als privat betrachtet werden. Wenn dagegen alle oder die meisten Eltern ihre Kinder auf bestimmte Schulen schicken, weil z.B. ein Gesetz den Schulbesuch obligatorisch vorschreibt, dann muss die Summe der letztlichen Einzelentscheidungen als politisch angesehen werden. Diese Kollektiventscheidung ist dann keineswegs selbstbestimmt, sondern besteht in der Befolgung vorgegebener, von politischen Instanzen bestimmter Normen. ‚Politisch‘ ist demnach diejenige Handlung, für die es mehrere miteinander konkurrierende oder konfligierende Alternativen gibt und für die sich ein Kollektiv entweder autonom und verbindlich entscheidet (was sich dann im Allgemeinen in einem Gesetz niederschlägt) oder die heteronom und verbindlich für ein Kollektiv entschieden wird, wobei der Kreis der Betroffenen größer ist als der der Entscheidungsträger. Für das politische Handeln ist der Rekurs auf die Sphäre der Öffentlichkeit darum auch eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Z.B. ist ein Pop-Konzert zwar öffentlich, darum aber noch nicht politisch. Was fehlt, ist die Verbindlichkeit einer Handlung, eine Entscheidung, der sich alle Betroffenen zu fügen haben.

Die Sphäre, in der Entscheidungen von einer politischen Zentralinstanz anerkannt werden müssen, ist in der Theoriegeschichte unterschiedlich bestimmt worden. Für die griechische Antike unterschied Aristoteles zwischen der privaten Hauswirtschaft (oikos) und der öffentlichen, sprich staatlichen Sphäre des Gemeinwesens (polis). Im Absolutismus bestimmte der Primat des Fürsten, was die Untertanen zu tun hatten. Der klassische Liberalismus unterschied zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und einem auf ein Minimum reduzierten Staat. Den Wandel von der liberalen Konkurrenz- zur organisierten Massengesellschaft kennzeichnete Karl Mannheim durch drei Fundamentalprozesse: Desintegration traditioneller Gemeinschaften, fortschreitende Verstaatlichung der Gesellschaft, bzw. Vergesellschaftung des Staates und schließlich Politisierung aller gesellschaftlichen Schichten.⁵ Die die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnende Trennung von Privat und Öffentlich, von Intim- und Gesellschaftssphäre, unterliege

⁵ Vgl. Karl Mannheim: 1958, S. 52ff.

einem „Strukturwandel“ (Jürgen Habermas), der durch gesteigerte Verflechtung von privater und öffentlicher Sphäre gekennzeichnet sei und auch die Intimsphäre beträchtlich einschränke.⁶ Harry Eckstein glaubt diese Entwicklung sogar als säkularen Trend erkannt zu haben: „... what grows in political development is politics as such – the political domain of society. Through political history, political authority and competition for politically allocated values have continually increased. Using Durkheim’s terminology, we might regard this as growth in ‘political density’, perhaps as a special aspect of a growing ‘moral density’. More and more political interactions occur, overall and in place of non-political interactions.“⁷ Eine Konvergenz von privater und öffentlicher, von gesellschaftlicher und staatlicher Sphäre postulieren auch moderne Interventions- und Korporatismustheorien. Neuere System-, Kommunikations-, sowie Pluralismustheorien, ganz zu schweigen von postmodernen Theorieansätzen, sehen das gesellschaftliche Ganze in Subsysteme differenziert, die mehr oder weniger ein autonomes, sich selbst organisierendes Ensemble bilden, das zentraler Steuerung sich entzieht. Postmoderne Theorien liegen somit quer zum „Gesetz der Politisierung“ von Mannheim bis Eckstein. Was gilt nun? Es kann gezeigt werden, dass die Prozesse der Politisierung und Differenzierung sich nicht notwendigerweise ausschließen; gesellschaftliche Differenzierung kann Politisierung bedeuten; nur ist mit Politisierung etwas anderes gemeint als die Verbindlichkeit von Entscheidungen einer zentralen Instanz. Die Verbindlichkeit gilt bei ausdifferenzierten staatlichen (Regionen, autonomen Provinzen, Bundesländern etc.) und gesellschaftlichen Systemen (Verbänden, Kirchen etc.) dann nicht mehr für das gesamte Staatsgebiet bzw. für die Gesellschaft, sondern für die jeweiligen Teilbereiche. Statt einer politischen Zentrale gibt es mehrere politische Zentren, die je nach Sachgebieten verbindliche Entscheidungen treffen können. Das Staatliche, das in erweitertem Sinne mit dem englischen Begriff ‚government‘, bzw. noch weiter gefasst mit dem Begriff ‚governance‘ zu kennzeichnen ist, muss im Zentrum des Politischen bleiben, auch wenn die Politisierung über diesen Bereich hinaus und in den gesellschaftlichen Bereich hineingeht. Das Private, also das der engeren Lebensgemeinschaften, bleibt gegenüber dem Öffentlichen im Kontext von Raum und Zeit abgrenzbar.

Was ist eine Theorie der Politik?

Ein Ensemble von Sätzen, das sich auf eine politische Handlung direkt oder indirekt, verstehend oder erklärend, bezieht, kann man eine Theorie der Politik nennen.

Im *weiteren Sinne* handelt es sich hierbei zunächst um eine Orientierungsleistung, d.h. um ein theoretisches Konstrukt, worunter – neben den unten erklärten Ideologien und Utopien – vor allem Ideen, Modelle, Lehren, Gesetze, Typologien, Begriffe und Hypothesen verstanden werden. Im Einzelnen gilt dazu:

Begriff: Ein politischer Begriff ist ein Terminus, der ein für die Politikwissenschaft relevantes, einzelnes Phänomen sprachlich benennt, es definiert und damit identifizierbar macht. Es kommt darauf an, dass innerhalb einer Theorie jeder (Grund-)begriff mög-

6 Vgl. Jürgen Habermas: 1962.

7 Harry Eckstein: 1982, S. 469ff.

lichst eindeutig ist und seine Bedeutung nicht beständig wechselt; z.B. sind Namen keine Begriffe, aber in Begriffen können Namen vorkommen (etwa: Keynesianische Wirtschaftspolitik). Grundbegriffe der Politikwissenschaft sind u.a.: ‚Demokratie‘, ‚Elite‘ und ‚Masse‘, ‚Legitimität‘, ‚Macht‘, ‚Pluralismus‘, ‚Staat‘ etc. Anders verhält es sich mit Begriffen, die zur Politikgestaltung in die öffentliche Arena getragen werden. Wer Begriffe besetzt, kann damit Politik gestalten. Die jüngsten Beispiele dafür sind die Leitkulturdebatte („deutsche Leitkultur“) und die Stolz-Debatte („Stolz sein auf Deutschland“). Hier werden Begriffe politisch besetzt, d.h. werden je nach politischem Lager unterschiedlich interpretiert und können damit inhaltlich erst aus dem politischen Kontext heraus erschlossen werden.

Idee: Eine Idee ist eine weniger strikte Ordnungsvorstellung als z.B. eine Theorie und braucht sprachlich noch nicht ausformuliert zu sein; eine Idee existiert von daher lediglich ‚mental‘, also als Gedanke oder als Vorstellung ‚im Kopf‘ wie z.B. die Idee einer gerechten oder theokratischen Gesellschaft, die Idee der Freiheit.

Modell: Ein Modell ist eine formal(isiert)e Theorie, also eine Konstruktion, die von realen Inhalten abstrahiert, um dadurch das Verstehen oder Erklären zu vereinfachen; im Modell werden wichtige und für relevant gehaltene Merkmale eines Phänomens hervorgehoben und mit anderen Modellkomponenten in Beziehung gesetzt. Das Modell der vollständigen Konkurrenz für das Verständnis der Ökonomie in der Frühphase des Liberalismus oder das Modell des liberalen Besitzindividualismus könnte man als Beispiele nennen.

Typus: Typus ist dem Modell ähnlich, jedoch ist die Reichweite geringer. Typen sind demnach Konstruktionen, die eine bestimmte Anzahl von empirisch feststellbaren Phänomenen auswählen und zusammenfassen, wiederum zum Zweck des Verstehens oder Erklärens. Z.B. werden Typen gebraucht, um die verschiedenen Herrschaftsformen (Basisdemokratie, repräsentative Demokratie, Autoritarismus, Totalitarismus) der Kapitalismusarten (Früh-, Hoch-, Spätkapitalismus) von einander abzugrenzen.

Lehre: Eine Lehre ist eine Theorie oder lediglich ein Ausschnitt daraus, durch die eine Handlungsanweisung gegeben wird, um ein bestimmtes Problem zu lösen, wie z.B. die Lehre von der Gewaltenteilung, wie sie Montesquieu entwickelt hat, oder die Zwei-Reichen-Lehre von Augustinus, die Reichsverfassungslehre von Pufendorf, die Staatslehre von Hegel.

Gesetz: Ein Gesetz ist ein häufig bestätigter Satz der Form: ‚Alle x sind y‘ oder: ‚Immer wenn x der Fall ist, dann ist auch y der Fall‘. In den Sozialwissenschaften gelten Gesetze aber nur unter einer großen Anzahl von (historischen) Bedingungen, so dass sie keineswegs beliebig reproduzierbar sind wie z.B. das Gesetz der Oligarchie von Robert Michels, oder das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate von Karl Marx.

Ideologie: Ideologie kann definiert werden als ein Bündel von Glaubenssätzen, die von einer größeren Gruppe anerkannt werden, Werte und Tatsachen enthalten und eine politische Handlungsfunktion erfüllen, d.h. Elemente aktiv orientierten politischen Denkens enthalten.⁸ Sie sind damit handlungsleitend und handlungsrechtfertigend.

8 Vgl. hierzu auch Evert Vedung: 1982, S. 84; Robert Heeger: 1976, S. 40; Walter Carlsnaes: 1986, S. 168.

Utopie: Bei der Utopie handelt es sich um ein positives oder negatives Gegenbild zur Wirklichkeit, d.i. um eine formale Konstruktion, die nicht induktiv, durch Realanalyse gewonnen worden ist, sondern die idealiter gesetzt wurde, als eine Leitvorstellung für Denken und Ersinnen. Tatsächlich enthält sie aber das Bewußtsein der Zeit; sie übersetzt es in eine neue politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung und konzipiert sie als ein erstrebenswertes Ideal bzw. abschreckendes Negativbild. Eine Utopie ist primär nicht zu dem Zwecke geschaffen worden, um die Realität zu verstehen (Theorie) oder sie zu rechtfertigen (Ideologie); vielmehr verfolgt sie als ein positiv besetztes Wunschbild oder als ein Bild der Abschreckung ausschließlich heuristische Absichten. Sie dient m.a.W. der Entdeckung von Alternativen und fungiert qua Gedankenexperiment als deren erster Test.

Im *engeren Sinne* handelt es sich bei einer Theorie der Politik um ein vom Individualfall ausgehendes, aber diesen durch Abstraktion transzendierendes Satzgefüge, in dem eine ausgewählte Reihe von Vorstellungen über empirisch zu erkennende Sachverhalte thematisiert wird. Solche Theorien der Politik kommen im Alltag beständig vor, ohne dass sie deshalb immer explizit als solche gekennzeichnet wären; hier wie auch in der Politikwissenschaft, die vom Common Sense nur graduell, nicht generell getrennt ist, haben sie sowohl eine im Allgemeinen unhintergehbare, konservative – als auch eine im einzelnen ständig innovative Funktion. Damit ermöglichen sie Politik, unterliegen ihr aber gleichzeitig. Für den Menschen sind sie ein Instrument, von dem nicht abstrahiert werden kann und das politisches Wissen überhaupt erst schafft und in Gang setzt. Andererseits unterliegen sie aber auch denjenigen Konsequenzen, die sich aus diesem Wissen ergeben (können). Noch einmal anders gewendet kann man sagen, dass an diesen Theorien zweierlei ‚politisch‘ ist: Erstens, sie thematisieren politische Gegenstände und zweitens, sie sind selbst, im Moment ihres Entstehens wie im weiteren Verlauf der Zeit, der Politik unterworfen.

Diese wechselseitige Abhängigkeit oder Objekt – Subjekt – Interdependenz könnte man dadurch auszudrücken versuchen, dass man von einer ‚Kritik der politischen Theorie(geschichte)‘ spricht, die einerseits selbst kritisiert und andererseits zugleich auch kritisiert wird. Wenn es nämlich Theorien der Politik gibt, dann gibt es auch eine Politik der Theorien. Genau darin besteht ja *Politik*, dass sie sowohl Subjekt als auch Objekt ist, während die *Wissenschaft* von der Politik, insbesondere die Subdisziplin der Politischen Theoriengeschichte, darüber hinaus beides zur Darstellung bringt oder nach jeweils unterschiedlichen Konzeptionen im einzelnen darzustellen versucht.

Die politische Theorie bzw. die Beschäftigung mit der Geschichte politischer Theorien hat außerdem aber auch, wie jede Theorie, u.a. die Funktion, bereits existierende Wissensbestände zu überprüfen und zu ordnen, das Wesentliche vom Marginalen zu trennen, die Orientierung zu erleichtern, Zusammenhänge zu finden etc. Nur spielt dabei nicht das Wissen überhaupt eine Rolle – dies wäre eher die Aufgabe der Epistemologie oder der Wissenschaftstheorie – sondern lediglich derjenige Ausschnitt des Wissens, der für die Politik relevant ist.

Drei Theorietypen

Aus didaktischen Gründen und der Übersichtlichkeit halber kann man innerhalb der Sphäre des Politischen drei metatheoretische Positionen sinnvoll voneinander unterscheiden; d.s. der normative, der dialektische und der nomologische Typus.

In diesem Sinne wäre eine Theorie dann ‚*normativ*‘ zu nennen, wenn in ihr vor allem dafür argumentiert wird, einen bestimmten oder auch mehrere Wert(e) zu realisieren, weil gerade diese Wert-Verwirklichung eine optimale Lösung des Problems darstelle, wie das Zusammenleben der Menschen auf eine moralisch gute und dauerhafte Basis gestellt werden kann. Dieser Theorietyp ist daher ein Objekt des Glaubens, der Überzeugung oder der Verbindlichkeit in der Suche nach der guten Ordnung oder der besten Verfassung.

Eine Theorie wäre dagegen dann eher ‚*dialektisch*‘ zu nennen, wenn sie nicht für einen bestimmten Optimal- oder Idealzustand argumentiert, sondern wenn sie die Dynamik desjenigen Prozesses thematisiert, der dadurch bestimmt wird, dass mit jeder Definition, Wertsetzung oder Zielerreichung auch die Gegendefinition, die Umwertung oder die Zielalternative evoziert werden. Dieser Theorietyp versucht durch Kritik des Bestehenden Veränderungen einzuleiten, die auf eine Emanzipation des Menschen gerichtet sind.

Eine Theorie wäre dagegen dann als ‚*nomologisch*‘ zu bezeichnen, wenn sie überwiegend ein Wissen mit hypothetischem Status generiert, das nicht darauf ausgerichtet ist, etwas Singuläres überhaupt erst als dieses Singuläre zu identifizieren (Verstehen), sondern wenn sie ein Wissen hervorbringt, das mit anderem Wissen konditional oder kausal verbunden ist (Erklären).

Theorien in Abgrenzung

Eine weitere Unterscheidung ist notwendig, bevor die Frage erneut aufgeworfen wird, was man unter Politischen Theorien zu verstehen hat. Bisher ist die Wertebene noch wenig berücksichtigt worden, die durch die *Ideologien* ausgefüllt wird. Während Theorien – wie gesagt – die Funktion haben, Erklärungen zu liefern und Einsichten in Zusammenhänge zu ermöglichen, haben Ideologien, wie zuvor definiert, vor allem zwei Funktionen: eine normative, um politische Vorgaben zum Handeln zu liefern und eine legitimatorische, das heißt Rechtfertigungen für (theoretische) Aussagen zu produzieren. Sie erfüllen im weiteren Sinne für politisch Handelnde eine Sozialisations-, Integrations- und Rechtfertigungsfunktion. Für die wissenschaftliche Analyse bedeutet dies, dass sie eine Einordnung politischer Vorgänge sowie eine Zuordnung partei- oder verbandspolitischer Programmatik zu historischen Großaggregaten (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Kommunismus etc.) ermöglichen.⁹ Nach Carl Joachim Friedrich handelt es sich bei Ideologien um ein Bündel von Ideen, die sich auf die existierende politische und soziale Ordnung beziehen, und zwar mit der Absicht sie zu ändern oder zu verteidigen¹⁰. Demgegenüber erscheint die Definition von Karl Marx zu

⁹ Vgl. Frank R. Pfetsch: 1985, S. 93.

¹⁰ Carl Joachim Friedrich: 1963, S. 89.

eng, wenn er postuliert, dass es sich bei Ideologien um ein falsches Bewußtsein handelt; in ähnlicher Weise erklärt auch Franz Neumann, dass der Ideologiebegriff allein für falsches, aber gleichwohl in einer bestimmten historischen Situation sozialer Gruppen und Klassen notwendiges Bewußtsein gelten sollte. Da es aber nicht gelingt, den Bereich der theoretischen Wissensermöglichung von dem Bereich der ideologischen Wissensrechtfertigung scharf zu trennen, darum gibt es auch keine Theorie der Politik, die nicht auch (in einem jeweils eigens zu bestimmenden Grade) normativ wäre. Pointiert muss man sogar sagen: jede Theorie der Politik, selbst diejenige des nomologischen Typus, muss auch normativ sein, wenn sie überhaupt in der Lage sein soll, die Erkenntnis auf den Weg zu bringen. Die – insbesondere von Max Weber – geforderte Werturteilsfreiheit ist damit selbst keineswegs werturteilsfrei, und sie kann und soll es auch nicht sein.

Erweitertes Verständnis: Was ist ‚Politische Theorie‘?

Man kann sagen, dass es sich, wie bei allen Theorien, so auch bei den Theorien der Politik, der Form nach um ein Ensemble von Sätzen handelt. Sie bestehen in Anbetracht des kognitiven Inhalts erstens aus Aussagen, die grundsätzlich revidierbare, neue Informationen über empirisch konstatierbare und politisch relevante Tatsachen, Ereignisse und Zustände liefern. Zweitens bestehen die Theorien der Politik aus verallgemeinernden Aussagen, bis hin zu Gesetzen, die aber ebenfalls unter einem beständigen Revisionsvorbehalt stehen. Hinzu kommen drittens – durch Alternativen ersetzbare – Festsetzungen oder Nominaldefinitionen sowie viertens Wertungen, welche letztere bisweilen, unter dem Stichwort ‚Ideologie‘, selbst pejorativ bewertet werden.

Noch einmal zusammengefasst kann man darum sagen: Je nach Theorientypus bestehen Theorien der Politik aus Aussagen, von denen einige das politische Wissen erweitern oder verallgemeinern (synthetische Sätze), während andere es sprachlich bestimmen oder erläutern (analytische Sätze) und wieder andere es bewerten (normative Sätze). Nur empirisch relevante Aussagen erweitern oder verallgemeinern das Wissen, Definitionen bestimmen oder erläutern es, während jeder Rekurs auf Ideologien es bewertet. Allerdings ist keiner dieser Aussagetypen isolierbar und damit eliminierbar, d.h. es ist unmöglich, eine Theorie zu kreieren, die nicht selbst wertend wäre oder in der es keine Wertaussagen gibt.

Das Spektrum der Konzeptionen politischer Theoriegeschichte

Neben den zahlreichen, zumeist *philosophisch – systematischen* Analysen für oder gegen eine bestimmte Theorie oder eine bestimmte rechtspolitische Argumentationsfigur (wie z.B. der Rekurs auf den Naturzustand oder den Vertrag), sind die bisherigen *historischen* Darstellungen dieser Theorien nach ganz unterschiedlichen Konzeptionen und Akzentsetzungen geschrieben worden. Aus dem breiten Spektrum der Darstellungsmöglichkeiten seien hier die wichtigsten herausgegriffen:¹¹

11 Einen Überblick und eine Diskussion der wichtigsten Literatur findet man in:
U. Bernbach (Hrsg.): 1984 = PVS Sonderheft 15 (1984),
J.W. Falter/G. Göhler: 1986. In: K. v. Beyme (Hrsg.): 1986

- In der Forschung sind etwa besonders relevante *Ideen, Denkfiguren oder Begriffe* (wie z.B. die Idee des Besitzindividualismus, die Staatsideen der Souveränität, der Staatsräson oder der Politischen Romantik, die Denkfiguren des Naturzustandes, des Sozialvertrags, der politischen Dämonie bzw. des politischen Messianismus oder bestimmte Begriffe wie Macht, Herrschaft, Nation etc.) über die Jahrhunderte hinweg mit dem Ziel verfolgt worden, Wandlungen oder Kontinuitäten festzuhalten.¹²
- Oder man ist von zentralen politischen *Handlungsprozessen* oder bestimmten *Strukturelementen* der politischen Ordnung ausgegangen (z.B. der Willensbildung, der Entscheidungsfindung und Durchsetzung oder der Machtverteilung), um dann die Frage zu beantworten, wie, zu welchen Zeiten und von welchen Autoren bestimmte Lösungen angeboten worden sind.¹³
- Oft ist eine *Epoche* und der ihr eigene politische Denkstil (etwa: ‚die Renaissance und der politische Realismus Machiavellis‘ oder ‚Kant und das Zeitalter der Aufklärung‘) dargestellt worden; dabei wurden die Autoren nach historischen Zeitabschnitten (z.B. des Absolutismus, der Revolutionen, des Imperialismus) abgehandelt;
- oder sie werden *chronologisch* gegliedert (z.B. nach dem Schema: Antike, frühe Neuzeit, Neuzeit, Gegenwart, Moderne, Postmoderne etc.).¹⁴
- Eine andere Darstellungsform besteht entweder in der Analyse bestimmter *Denkrichtungen* (z.B.: der Machiavellisten, Frühliberalen, Elitetheoretiker), von *Forschungsansätzen* (wie z.B. den Entscheidungs-, Kommunikations- oder Machtansätzen) oder von *theoretischen Perspektiven* (z.B. nach dem Potential von Konflikt und Integration).¹⁵
- Auch ist es möglich, die besonderen Erscheinungen und die Entwicklung von *Großideologien* (wie: Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus etc.) zu verfolgen¹⁶
- oder die Geschichte bestimmter *Herrschaftssysteme und Regierungsformen* idealtypisch zu untersuchen (wie z.B. die verschiedenen Ausprägungen der Demokratie, des Autoritarismus oder des Totalitarismus).¹⁷
- In manchen Darstellungen werden ausgewählte Theoretiker als *zeittypische Repräsentanten* einer bestimmten geschichtlichen Epoche oder Gesellschaftsformation vorgestellt (etwa: die frühliberalen oder ‚bürgerlichen‘ Theoretiker)¹⁸,

U. Bernbach: 1986. In: K. v. Beyme (Hrsg.): 1986, S. 118–41 und 142–67= PVS Sonderheft 17 (1986).

12 Vgl. die Beiträge von: A. Brecht (1961); C.J. Friedrich (1963); C.B. Macpherson (1967) u. (1973); R. Zippelius (1985); D. Sternberger (1984).

13 Vgl. die Beiträge von: C.J. Friedrich/Z. Brzezinski (1956); E. Fraenkel (1979); F. Naschold (1972); J.L. Talmon (1961).

14 Vgl. die Beiträge von: E. Braun et al.: 1984; H. Fenske et al.: 1987; I. Fetscher/H. Münkler: 1985 u. 1986; J. Touchard: 1962.

15 Vgl. die Beiträge von: J. Burnham: 1949; J.H. Meisel: 1962; K. v. Beyme: 1984; F. Naschold: 197).

16 Vgl. die Beiträge von: K. Lenk: 1971; K. Lenk/B. Franke: 1987; F. Neumann: 1977; G. Sartori: 1962.

17 Vgl. die Beiträge von: C.J. Friedrich/Z. Brzezinski: 1957; E. Fraenkel: 1979; C.J. Friedrich: 1963; G. Sartori: 1962.

18 Vgl. die Beiträge von: R. Kühnl: 1971; W. Euchner: 1972; W. Röhrich: 1979.

- oder die Theorien der Politik werden aus einer Perspektive gesehen, die die Geschichte ihres Gegenstandes als eine Form der Überlagerung auffaßt bzw. ihr das *Schema von Blüte und Verfall* unterlegt, um dieses dann zu exemplifizieren (z.B.: Aufstieg und Fall des Römischen Reiches, the Rise and Fall of the Great Powers).¹⁹
- Auch ist es eine gängige Darstellungspraxis, *einzelne Theorien* auf bestimmte staatliche oder kulturelle Einheiten zu beziehen, d.i. insbesondere die nationale oder regionale Geschichte (wie z.B. die Theoretiker der englischen Moralphilosophie, der französischen Revolution, des europäischen Nationalismus, der Aufklärung in Deutschland).²⁰
- Einige Autoren von Ideen- bzw. Theoriengeschichten beschäftigen sich auch mit *methodologischen und erkenntnistheoretischen Fragestellungen* (wie z.B. mit der Frage nach der Trennung von Sein und Sollen, der Frage nach der Funktionsweise des ‚Idealtypus‘, des Vergleichs, der den Theorien noch übergeordneten Paradigma etc.).²¹
- Schließlich sind Darstellungen der politischen Ideengeschichte *chronologisch nach Autoren* angelegt ohne übergreifende Konzeption.²²

Neue Forderungen an eine Theoriegeschichte. Ansätze zu einer Theorie politikwissenschaftlicher Theorien

Die meisten Autoren theoriegeschichtlicher Darstellungen haben eine Mischform dieser Ausrichtungen gewählt. Gegenüber den genannten, eher traditionellen Konzeptionen wäre jedoch zweierlei ein Desiderat:

- Erstens eine Darstellung der klassischen Theorien der Politik sowohl als Wissens-, als auch als Sozialgeschichte und
- zweitens eine Synthese von Wissens- und Sozialgeschichte.

Dabei kommt es jedoch darauf an, die erwähnte Subjekt-Objekt-Interdependenz zu berücksichtigen. Denn, wie bereits erläutert: Jede Theorie steht in einem historischen, politischen, ökonomischen Kontext, den es deshalb zu interpretieren und zu rekonstruieren gilt, weil er für die Theorienproduktion der Autoren sowohl zu einem Bedingungsfaktor als auch zu einem Untersuchungsgegenstand, also zu einem Stoff wird (Produktionsphase des Autors), der nach seiner theoretischen Durchdringung auf die Außenwelt zurückwirken kann (Rezeptionsphase durch Politiker, Wissenschaftler).

Bei dem *sozialgeschichtlichen Interpretationsaspekt* ist zu beachten, dass der hier verwendete Begriff ‚Sozialgeschichte‘ nicht mit demjenigen gleichlautenden Begriff verwechselt werden darf, der in der Geschichtswissenschaft gilt. Während der Historiker

19 Vgl. die Beiträge von: E. Bloch: 1962 u. 1973; C.J. Friedrich: 1955, S. 149–171; G.W.F. Hegel: 1970; Montesquieu: 1980.

20 Repräsentativ hierfür ist der Beitrag von J. Touchard: 1962.

21 Vgl. die Beiträge von: K. v. Beyme: 1984; A. Brecht: 1961.

22 Vgl. L. Strauss/J. Cropsey: 1987; H. Maier/H. Rausch/H. Denzer: 1986/7; D. Germino: 1972.

die „Geschichte sozialer Strukturen -, Prozesse und Handlungen“ meint,²³ also sub-gouvernementale soziale Bewegungen in ihrem geschichtlichen Auftreten, wird ‚Sozialgeschichte‘ hier unter dem Gesichtspunkt der Interdependenz von gesellschaftlichen Faktoren und der Theorieproduktion gesehen. Gefragt wird nach den geschichtlichen Umständen, den sozialen, ökonomischen oder kulturellen Gegebenheiten, die die Theorien inhaltlich oder formal beeinflusst haben. Zwar ist der Einfluß gesellschaftlicher Determinanten auf die Strukturen und Inhalte des Wissens nach wie vor ein viel diskutiertes Thema der Wissenschaftssoziologie bzw. Wissenschaftsforschung; es steht aber außer Frage, dass das Wissen *auch* von zeitgeschichtlichen Umständen (wissenschaftsexterne Bedingungsfaktoren) und von der sozialen Umgebung (Sozialsystem der Wissenschaft) des jeweiligen Autors abhängt. Die Art der Interdependenz ist jedoch von Autor zu Autor unterschiedlich und muss darum jeweils von Fall zu Fall bestimmt werden. Dabei behandelt ein Aspekt der Sozialgeschichte die möglichen Auswirkungen von theoretischen Arbeiten auf die Realgeschichte, stehen hier die Fragen der Verantwortlichkeit von Autoren für humanitär nicht zurechtfertigendes Handeln im Vordergrund; in diesem Sinne wurde beispielsweise die Geistesgeschichte von den Vertretern der nachfolgenden Sozialgeschichte zur Rechenschaft gezogen.²⁴

Der sozialgeschichtliche Interpretationsaspekt meint erstens eine Explikation aller spezifischen historisch – sozialen Rahmenbedingungen R1 zum Zeitpunkt t-o, die zu einer Theorie geführt haben. Dazu gehört zweitens eine Vermittlung von Kenntnissen über das Bewußtsein der Theoretiker X bezüglich dieser historischen Rahmenbedingungen R1, sowie drittens die Transparenz des erkenntnisleitenden Interesses der Interpreten Y, die von einem heutigen Point of view (R2) aus einer historischen Theorie und ihren Autor zu verstehen versuchen.

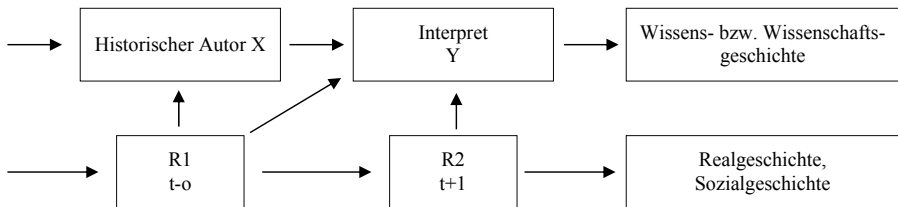


Schaubild 1: Sozialgeschichtliches Interpretationsmodell

Dabei hat es über die Zeit hinweg die unterschiedlichsten Antworten auf einige, nahezu konstant gebliebene Leitfragen gegeben. Zu ihnen gehören das Verständnis von Entscheidungsleistungen (Effektivität) ebenso wie die Kontrolle, die Partizipation von Entscheidungsträgern und die Implementation von Entscheidungsprozessen. Die relative Konstanz dieser Leitfragen legt es nahe, dass man unabhängig von dem breiten

23 Vgl. z.B.: J. Kocka: 1986, S. 82. Die bisher überzeugendste Sozialgeschichte politischer Theorien hat George H. Sabine vorgelegt. Zwar ist auch in neuerer Zeit der Versuch unternommen worden, eine Sozialgeschichte zu schreiben, jedoch bleiben die Schilderungen geschichtlicher Umstände und die der politischen Theorien zu meist unverbunden nebeneinander stehen; vgl. z.B. die Arbeit von W. Röhrich: 1979.

24 Als Beispiele hierfür stehen Arbeiten von: Jürgen Fijalkowski zu Carl Schmitt, von Erwin Faul zu Machiavelli, von Walter Euchner zu John Locke oder von Frank Pfetsch zu Robert Michels.

Spektrum ihrer möglichen Antworten sogar von einem Weltgut politischer Theorien sprechen kann, das immer wieder in Betracht gezogen wird.

Bei dem von zahlreichen Autoren vertretenen *wissensgeschichtlichen Interpretationsansatz* steht die Frage im Vordergrund, wie durch Textinterpretation ein Autor verstanden werden kann, in welchen geistesgeschichtlichen Zusammenhang seine Analysen zu stellen sind und welche Wirkung eine Theorie auf Nachfolgetheorien gehabt hat.

Gegenüber den genannten, ganz unterschiedlichen Darstellungsformen und Aspekten der Stoffauswahl soll es bei unserem Ansatz weniger auf eine Abgrenzung, als auf eine Kombination bisher kaum beachteter inhaltlicher Schwerpunkte und besonders wichtiger formaler Konzeptionen ankommen. Zu den letzteren gehören vor allem die beiden folgenden Trichotomien:

Erstens gliedert sich eine Theoriegeschichte nach *Epochen, Autoren und Ländern*, wobei es für jede Theorie zweitens auf die interpretatorische Darstellung des *entstehungs- und rezeptionsgeschichtlichen Aspekts* sowie auf den *Aktualitätsbezug* ankommt. Drittens ergeben sich die inhaltlichen Schwerpunkte demgegenüber insbesondere aus einem *sozial- und einem wissenschaftsgeschichtlichen Interpretationsaspekt*. Letztere lässt sich noch einmal untergliedern, indem man *wissenschaftsexterne* und *wissenschaftsinterne* Bedingungsfaktoren voneinander unterscheidet.²⁵

Diese Trichotomie kann man wie folgt entfalten:

Zur formalen Konzeption. Die erste Trichotomie: Die Unterscheidung zwischen Entstehungs-, Rezeptions- und Aktualitätszusammenhang

Der ersten der beiden o.g. Trichotomien, nämlich Entstehungs-, Rezeptions- und Aktualitätsbezug, liegt die Überlegung zugrunde, dass nur im Rahmen einer Makroskopie der Epoche diejenigen Beziehungen verständlich werden können, die z.B. zwischen dem Aufkommen einer bestimmten Theorie der Politik und den verschiedenen Aspekten der realgeschichtlichen Entwicklung gelten. Die Theorie selbst dagegen muss in einer Mikroskopie zwar nicht ausschließlich, aber doch überwiegend autorenorientiert vorgestellt werden.

Der ergänzende Rekurs auf eine Gliederung nach Ländern erfolgt dagegen unabhängig von diesen beiden Gesichtspunkten, und zwar zum einen aus rein pragmatischen Gründen mit dem Ziel der Stoffeingrenzung. Darzustellen und zu untersuchen sind demnach diejenigen Theorien der Politik, die etwa ein in den westlichen Industriegesellschaften sozialisierter Zeitgenosse deshalb als ‚klassisch‘ bezeichnen würde, weil es gerade der Fundus dieser Theorien ist, die er explizieren müsste, wenn man ihn auffordern würde, die politische Funktionsweise dieser Gesellschaften zu erklären. Zum anderen kann durch den Rekurs auf eine Gliederung nach Ländern aber auch das Ziel erreicht werden, die jeweiligen, für ein Land typischen Theoreme modellhaft herauszu-

25 Diese Unterscheidung stammt aus der Wissenschaftsforschung. Hier hat die Debatte um marxistische vs. idealistische Ansätze zur Erklärung von Wissensprodukten zu der Unterscheidung von externalen und internalen Positionen geführt. Vgl. zur Wiedergabe dieser Diskussion über das Verhältnis von Gesellschaft und Wissen, von Sozialstruktur und Struktur des Wissens die Beiträge von: P. Weingart: 1976 und: 1972 u. 1974, sowie: F.R. Pfetsch: 1972, S. 15–28.

arbeiten, die etwa Standards der Problemlösung, der Methodik, der Wertung oder der Themenvorgabe betreffen. Dabei wird unterstellt, dass es *Denkstile* gibt, die an eine bestimmte (nationale) Kultur bzw. an eine bestimmte Sozial- und Wissenschaftsgeschichte gebunden sind; dieser Aspekt wird z.B. bei einer Gegenüberstellung des angelsächsischen und des preußischen Liberalismus deutlich.

Zur formalen Konzeption: Die zweite Trichotomie: Die Unterscheidung zwischen externen und internen, sozialen bzw. kognitiven Bedingungsfaktoren

Eine weitere Ergänzung der formalen Konzeption unseres Interpretationsansatzes für eine Theoriegeschichte hat man darin zu erblicken, dass es bei der Darstellung jeder Theorie auf die Dichotomie von wissenschaftsexternen und -internen Bedingungsfaktoren politischer Theoriebildung ankommt und nach den jeweiligen Determinanten gefragt werden muss, die den Prozeß der Theoriengenerierung maßgeblich leiten, also entweder von außen begrenzen oder von innen regulieren.

Übersicht 1: Bedingungsfaktoren politischer Theorien



Der geschichtliche Hintergrund. Fünf wissenschaftsexterne Bedingungsfaktoren

In einer Makroskopie sind wissenschaftsextern vor allem die fundamentalen realgeschichtlichen Prozesse und die konsequenzenreichen säkularen Entwicklungen zu berücksichtigen. Sie werden in einer anschließenden Mikroskopie im Einzelnen ausbuchstabiert werden. Wichtig sind diejenigen Bedingungsfaktoren, die die Theoriengenerierung bei einem Autor bzw. einer Autorengruppe maßgeblich beeinflusst haben, ohne dem Autor selbst Einflußmöglichkeiten einzuräumen. Denn jede Theorie steht in einem solchen historischen, politischen, ökonomischen etc. Situationskontext, den es deshalb zu rekonstruieren und zu interpretieren gilt, weil er für die Theorienproduktion der Autoren sowohl zu einem Bedingungsfaktor als auch zu einem Untersuchungsgegenstand, also zu einem Stoff wird. Die Klassiker der griechischen Antike, Platon und Aristoteles, lebten im fünften und vierten vorchristlichen Jahrhundert, die römischen Autoren Cicero im ersten vorchristlichen und Seneca im ersten nachchristlichen Rom; Thomas von Aquin ist der Welt der katholischen Kirche des Hochmittelalters verbunden, die Welt der oberitalienischen Stadtstaaten lebt in den Schriften von Marsilius

von Padua und Machiavelli; die französischen Religionskriege spiegeln sich in den Schriften von Jean Bodin wider. Die großen Naturrechtstheoretiker Grotius, Hobbes, Spinoza, Locke, Rousseau stehen in der Tradition absolutistischer Herrschaft des vorindustriellen siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts. Die Denker des aufklärerischen vor- und nachrevolutionären achtzehnten Jahrhunderts sind Diderot, Voltaire, Kant, Feuerbach und Humboldt. Das Denken des Handels- und Gewerbebürgertums verdichtet sich in Smith, Ricardo, Hegel, Hume oder Mill, die Kritik an dem aufstrebenden kapitalistischen Bürgertum in den frühsozialistischen und sozialistischen Schriften von Proudhon, Owen, Marx oder Engels und Lenin. Schließlich wird das zunächst noch machtpolitisch bestimmte 20. Jahrhundert vor allem von Hobson, Weber oder Schmitt auf den Begriff gebracht; die Tradition demokratischen Denkens wird nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommen und findet im amerikanischen Behaviorismus (Dahl, Easton, Almond) oder in der deutschen Sozialphilosophie (Habermas, Luhmann) seinen Niederschlag.

Die historische Konkretisierung, das heißt: die Berücksichtigung der wissenschaftsexternen Bedingungsfaktoren bzw. Untersuchungsgegenstände ergibt im Wesentlichen sechs Determinantenfelder:

(1) Die Säkularisierung

Die Ablösung von religiös/christlich inspirierten Dogmen muss als ein Prozeß angesehen werden, der in der Neuzeit und in Westeuropa etwa mit Machiavelli beginnt und mit den philosophischen Entwürfen, insbesondere von Feuerbach, Marx und Nietzsche, zum Ausgang des 19. Jahrhunderts einen Abschluß findet. Dieser allmähliche Transformationsprozeß endet – um nur einen Indikator zu nennen – mit der Aufhebung des Wissen(schaft)smonopols der römisch-katholischen Kirche: säkulare Institutionen wie Schulen, Akademien, (reformierte oder neu gegründete) Universitäten und wissenschaftliche Gesellschaften gewinnen mehr und mehr Einfluß im Bildungs- und Kulturbereich. Dennoch darf dieser erste, nicht isoliert zu betrachtende Bedingungsfaktor, nämlich die Rolle von Religion und Kirche in den Theorien der Politik nicht als gering oder unerheblich eingestuft werden. Zu fragen wäre beispielsweise nach dem möglichen Zusammenhang zwischen dem konfessionellen Umfeld der Autoren und den von ihnen geschaffenen Theorien. Von Relevanz wäre auch die Berücksichtigung der Frage, wie z.B. bestimmte klerikale Institutionen auf Theorieinnovationen der Politik reagiert haben und welche persönlichen Folgen dies für den jeweiligen Autor hatte.

(2) Die Ausbildung des Kapitalismus

Die Entwicklung neuer Fertigungs- und Handelstechniken führte überall in Europa und Nordamerika zu einer gravierenden Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Verteilung von Waren. Im Zuge dieses Industrialisierungsprozesses entstanden nicht nur neue soziale Schichten oder Klassen, deren politische Ansprüche erfüllt werden mussten, sondern auch zahlreiche Probleme, wie z.B. die Soziale Frage, deren Beantwortung zu neuen Theorien der Ökonomie und der Politik herausforderte und dafür andere Theorien diskreditierte und ablöste. Eine avantgardistische Rolle bei der Ausbildung des Produktions- (im Unterschied zum Handels-) Kapitalismus übernahm

England; in diesem Land wurden darum auch von Locke, Smith, Ricardo, Mill u.a. die ersten einflußreichen ökonomisch-politischen Theorien aufgestellt. Zu den Indikatoren, die die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und den damit einhergehenden politischen Problemdruck darzustellen in der Lage sind, gehören z.B. eine Untersuchung der Eigentumsverhältnisse, der Bedingungen für das Wachstum des Sozialprodukts oder die Verlagerung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf den sekundären bzw. tertiären Sektor, sowie die Rolle des Staates in diesen Prozessen. Gerade dieser Bedingungsfaktor, die Ausbildung des kapitalistischen Industriestaatensystems, ist bis heute von zentraler Bedeutung für das Verständnis der Grundlagen moderner politischer Systeme; erst allmählich – und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs überblickbar – wird dieser Faktor durch die Ausbildung der sogenannten ‚Postindustriellen Gesellschaft‘ ergänzt und relativiert.

(3) Die Nationenbildung

Während in der Neuzeit in England zwar die Ökonomie, aber nicht oder kaum die Nation bzw. der Staat zu einem Thema des politischen Nachdenkens wurde, galt für die Intellektuellen des europäischen Kontinents und insbesondere der deutschsprachigen Staaten das Gegenteil. Ähnlich wie Machiavelli und Botero bei den italienischen, erblickten u.a. Hegel und Fichte bei den deutschen Kleinstaaten primär in dem Thema der Nationenbildung eine Lösung für die Fragen der ökonomischen und politischen Rückständigkeit, und zwar schon aus Selbstbehauptungsgründen gegenüber den anderen, politisch wie territorial nicht zersplitterten europäischen Mächten. Zu den Indikatoren, die diese Hinwendung zu den Themen ‚Nationalstaat‘ und ‚Staatsouveränität‘ vornehmlich anzeigen können, gehört z.B. das Auftreten von Einigungsbewegungen, ökonomischen Zusammenschlüssen und die vermehrte Diskussion einer ganzen Reihe von national inspirierten Themen, bis hin zur Postulierung eines ‚Volksgeistes‘ (Herder) und der Rechtfertigung kriegerischer, kultureller, imperialistischer und nationaler Missionen im Rahmen der ‚Ideologie der deutschen Sendung‘. Die unterschiedlichen Formen der Nationalstaatsbildung in ihren je kulturellen Milieus hat nicht nur zur Ausbildung unterschiedlicher Regimes geführt, sondern auch zu ganz unterschiedlichen Denkstilen in der Politikwissenschaft. Mit Johan Galtung kann man unterscheiden: im sachsenischen Bereich den eher pragmatisch-induktiven, im gallischen Bereich den eher rhetorisch-stilistischen und im teutonischen Bereich den theoretisch-deduktiven Denkstil.²⁶

Im Zuge der Staatenbildung lassen sich in Europa drei verschiedene Diskurse unterscheiden. Keith Michael Baker²⁷ und Didier Lapeyronnie²⁸ unterscheiden drei Dimensionen des politischen Diskurses: Vernunft, Wille und Gerechtigkeit. Diese drei Dimensionen bestimmten den philosophischen und politischen Diskurs im Zeitalter der Aufklärung und zu Beginn des 19. Jahrhunderts und führten zu nationalen Bewegungen innerhalb der europäischen Staaten.

²⁶ Vgl. J. Galtung: 1983, S. 303–338 und 1977.

²⁷ K.M. Baker: *Inventing the French Revolution*. Cambridge: Cambridge UP 1990.

²⁸ Didier Lapeyronnie: *Nation, démocratie et identité en Europe*. In: *Quelle identité pour l'Europe?* Paris: Press de Sciences Po, 1998, S. 229.

Rationalismus ist das Leitmotiv der Aufklärung und meinte die Befreiung des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit (Kant). Mit der französischen Revolution betritt das Volk die Bühne der Weltgeschichte als neuer Akteur mit politischem Willen, der sich in nationalen Bewegungen äußert. Diese Kombination von bürgerlichem Bewusstsein und politischem Willen bewirkt die ökonomische Modernisierung innerhalb der Nationalstaaten. Als dritte Dimension ist die Idee der Gerechtigkeit zu nennen, die der kapitalistischen Modernisierung Legitimation zu geben versucht. Chancengleichheit ist der Slogan der amerikanischen Verfassungsväter, die darauf gerichtet war – nicht im Geist, sondern in der Praxis – die Klassenspaltung zu überwinden, die den frühen Liberalismus auszeichnete. Vernunft modernisiert, Wille mobilisiert und Gerechtigkeit egalisiert.

Je nach dem Gewicht, das man den drei Ecken des Dreiecks zuordnet, (Vgl. Schaubild 1), kann man drei verschiedene Akteurskonstellationen und Gesellschaftskonzepte ausmachen. Die Kombination von modernisierender Vernunft und mobilisierendem Willen bestimmt den Modernisierungsprozess auf dem europäischen Kontinent und beeinflusst das Handeln der Staatseliten. Eine solche Gesellschaft kann als staatszentriert bezeichnet werden (Staatsgesellschaft).

Die Kombination von mobilisierendem Willen und egalisierender Gerechtigkeit führt zu dem Konzept der Volksgemeinschaft oder kommunitären Gesellschaft und korrespondiert mit dem Konzept von der Volksnation mit dem Volk als neuem Akteur.

Schließlich führt die Kombination von modernisierender Vernunft und egalisierender Gerechtigkeit zur Zivilgesellschaft mit intermediären Akteuren als neuer treibender Kraft.

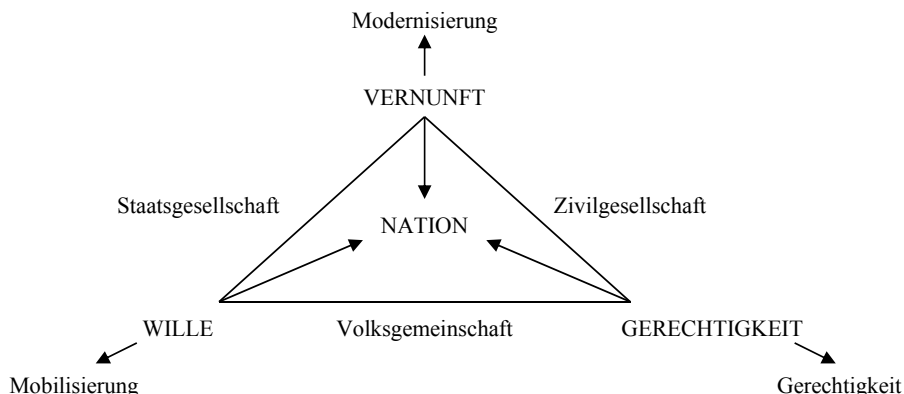
Diese drei Gesellschaftsmodelle können in drei verschiedenen europäischen Nationalkulturen gefunden werden.

Historisch führte die Kombination von Vernunft und Gerechtigkeit in der angelsächsischen Welt zur Ausbildung einer Zivilgesellschaft. In der schottischen bzw. englischen Moralphilosophie sind die liberal-ökonomischen Modernisierungsvorstellungen und die Idee gleicher Lebenschancen von Anfang an präsent, auch wenn die Realentwicklung ein anderes Gesicht bekam. Der Hauptakteur dieses Prozesses war die neu aufsteigende Klasse des Bürgertums.

Im französischen Konzept der Modernisierung war von Anfang an der Staat der Hauptakteur. Die Kombination von modernisierender Vernunft und mobilisierendem Willen wurde von den staatlichen Eliten praktiziert, die in den höheren Bildungsanstalten (*grandes écoles*) ausgebildet worden waren.

Schließlich charakterisiert die Verbindung von Mobilisierung des Willens der Bourgeoisie und die Idee egalisierender Gerechtigkeit das deutsche Konzept. Die Kombination von Volk mit seinem früheren Äquivalent der ‚Nation‘ und der egalisierenden Gerechtigkeit führt zum Konzept der ‚Volksgemeinschaft‘, die an ihrem Beginn nichts gemein hatte mit der von der später von der Nazi-Elite propagierten Blutsgemeinschaft. Die Idee der Volksnation war jedoch ein Ideal. In der Wirklichkeit bestand die modernisierende Elite aus Mitgliedern des Bürgertums und Eliten des Staatsapparats. In

Preußen war die aristokratische Staatselite dominant, in den südlichen Teilstaaten Deutschlands war eher die Bildungs- und Gewerbeelite führend.



Quelle: Nach Didier Lapeyronnie: Nation, démocratie et identité en Europe. In : Quelle identité pour l'Europe? Paris: Presses de Sciences Po, 1998, S. 229

Schaubild 2: Ausbildung unterschiedlicher europäischer Gesellschaftsmodelle

(4) Die Demokratisierung und Parlamentarisierung

Mit der Ausbildung neuer Wirtschaftsformen war eine bürgerliche Gesellschaft entstanden, die die ihr gemäße politische Organisationsform erst noch suchte; gefunden wurde sie in der Erweiterung der individuellen wie kollektiven Rechte, d.s. etwa des Eigentumsrechts und eines breiten Spektrums von Freiheitsrechten. Allmählich bildeten sich zwei Demokratiemodelle heraus: die repräsentative – (v.a. vertreten von Locke, Montesquieu, Burke, Mill) und die plebiszitäre Demokratie (v.a. projiziert durch die so unterschiedlichen Theorien von Rousseau, Marx, Michels u.a.). Was die moderne Demokratietheorie angeht, so versuchen ihre Vertreter entweder die unterschiedlichen Arten der Willensbildung, Entscheidungsfindung und Implementation zu formalisieren bzw. zu axiomatisieren (wie z.B. die Systemtheoretiker). Oder aber die sogenannten ‚westlichen Demokratien‘ werden v.a. zu den faschistischen und kommunistischen Totalitarismen in Opposition gesetzt, wie dies z.B. die Arbeiten von einigen der ersten deutschen Nachkriegspolitikwissenschaftler belegen. Den wichtigsten Indikator dieser seit Jahrhunderten andauernden Gesamtentwicklung der Demokratisierung und Parlamentarisierung kann man insbesondere in der Ausweitung bzw. Restriktionierung des aktiven wie passiven Wahlrechts für Männer und Frauen erblicken und in der Einführung der Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament. Zu berücksichtigen sind aber auch die vielfältigen Entwicklungen, die nach den großen Revolutionen in England und auf dem Kontinent einsetzten. Hierzu gehören u.a. die Einführung von Rechtssystemen (Menschenrechte, Verfassungsgerichtsbarkeit etc.), die Ausdifferenzierung politischer Institutionen (z.B. der Verwaltung) und die Ausbildung von organisierten Parteien und Interessenverbänden.

(5) Die Etablierung des Sozialismus als einer konkurrierenden Ideologie und als einer neuen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politikform

Im 20. Jahrhundert hat sich in der nördlichen Hemisphäre im Zuge der Durchsetzung des Sozialismus eine bipolare Ordnung herauskristallisiert, die nicht nur in sicherheitspolitischer Hinsicht die Welt maßgeblich bestimmte. Die Konsequenzen der sozialistischen und kommunistischen Theorie, die maßgeblich von Karl Marx und Friedrich Engels im 19. Jahrhundert konzipiert wurde, haben aber nicht nur die Entwicklung der Elitetheorien hervorgerufen, die ihrerseits auf den Marxismus/Leninismus zurückwirkten, sondern sie haben implizit auch für einen Reformismus gesorgt, der überkommene frühliberale Politikmuster in nahezu jeder Hinsicht weiterentwickelte und ausdifferenzierte. Es entstand ein Pluralismus, d.i. zugleich das vielleicht wichtigste Charakteristikum der westlichen Industriegesellschaften.

Diesen Pluralismus zu beschreiben, der – um mit Jürgen Habermas zu reden – heute in einer „neuen Unübersichtlichkeit“ gipfelt, heißt aber nicht nur, dass man das Spektrum der Chancen und Möglichkeiten darstellt. Vielmehr kommt es – in jüngster Zeit zunehmend deutlicher – gerade auf die Betonung der Grenzen an, z.B. der „Grenzen des Wachstums“, die im Jahr 1972 die Mitglieder des Club of Rome in ihrem „Bericht zur Lage der Menschheit“ zogen. Dieser übte eine Initialfunktion für die Theorienproduktion aus. Auch wenn das sozialistische Experiment zumindest in Europa als gescheitert gelten kann, so bleibt dennoch der damit verbundene Theoriestrang als historische Erscheinung erhalten.

(6) *Die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg* hat sowohl international als auch in den Nationalstaaten selbst Veränderungen hervorgebracht, die die Theorieproduktion angeregt haben. Das Staatensystem hat sich in der westeuropäischen Welt vom Realismusparadigma nationalstaatlicher Machtpolitik hin zum Paradigma regionaler Interdependenzbeziehungen entwickelt. Das Nullsummenspiel der Machtkonkurrenz wurde weitgehend durch das Positivsummenspiel beiderseitiger Gewinne ergänzt, wenn nicht abgelöst. Die Verdichtung ökonomischer und kommunikativer transnationaler Vorgänge hat die Globalisierungsdebatte ausgelöst und die Perspektive einer Weltinnenpolitik am Horizont erscheinen lassen. Verhandlungstheoretische Zugänge zum Politischen haben diese Entwicklungen aufgenommen. In den westlichen Gesellschaften wurden Fragen der Ökologie, der sozialen Bewegungen, der Bürger- oder Zivilgesellschaft diskutiert; in Bezug auf die Transition von demokratischen zu autoritären (Faschismus), bzw. von totalitären (Sowjetismus) zu demokratischen Regimes hat die Transitionsforschung an Bedeutung gewonnen und bestimmt die heutige Forschungsagenda mit.

Die Sozial- und Wissenschaftsgeschichte

Während sich in der sogenannten ‚Postindustriellen Gesellschaft‘ der sechste fundamentale, wissenschaftsexterne Bedingungsfaktor politischer Theoriengenerierung herauskristallisiert, lassen sich für die *Theoriengeschichte* auch noch wissenschaftsinterne Bedingungsfaktoren nennen. Es ist sinnvoll, wenn man bei ihrer Diskussion das *kognitive System* von dem *Sozialsystem* der Wissenschaft unterscheidet.

Die wissenschaftsinternen Bedingungsfaktoren: Das Sozialsystem

Politische Theorien spielen – wie George H. Sabine schon 1937 gezeigt hat – eine doppelte Rolle: Sie sind einerseits logische Einheiten in dem Sinne, dass ihren Sätzen ein Wahrheitswert zugesprochen werden kann. Andererseits bestehen sie aber auch aus (normativen) Glaubenssätzen, die das menschliche Verhalten entscheidend beeinflussen, und dies nicht etwa deshalb, weil sie wahr oder falsch sein können, sondern weil sie einen Sachverhalt thematisieren, der jenseits der Logik von ‚wahr‘ und ‚falsch‘ als zutreffend akzeptiert wird.²⁹ In ähnlicher Weise bestätigt Thomas S. Kuhn, dass es im Diskurs der sogenannten „normalen Wissenschaft“ auch „weniger auf vergangene [kognitive] Leistungen als auf zukünftige Aussichten“ ankommt, also auf das Sozialsystem der Wissenschaft. Denn, so fährt Kuhn fort: „Derjenige, der ein neues Paradigma in einem früheren Stadium annimmt, muß das oft entgegen den durch Problemlösungen gelieferten Beweisen tun. Das heißt, er muß den Glauben haben, dass das neue Paradigma mit den vielen großen Problemen, mit denen es konfrontiert ist, fertig werden kann, wobei er nur weiß, dass das alte Paradigma bei einigen versagt hat. Eine Entscheidung dieser Art kann nur aufgrund eines Glaubens getroffen werden.“³⁰

Für eine Darstellung der Theorien der Politik heißt dies bezüglich des Sozialsystems der Wissenschaft: Die soziale Bedingtheit, der Beruf des Politikwissenschaftlers i.e.S., der als ein Indikator des gesamten Sozialsystems angesprochen werden kann, hat sich erst relativ spät, nämlich im 19. Jahrhundert herausgebildet. Zuvor waren Gelehrte, die sich mit dem Gegenstandsbereich der Politik beschäftigt haben, ausschließlich als Privatlehrer im Dienst höhergestellter, adliger Familien engagiert (z.B. Aristoteles, Hobbes, Locke, Rousseau etc.). Erst in späterer Zeit bezogen sie aus Tätigkeiten im staatlichen Dienst, d.i. der praktischen Politik (wie Machiavelli) bzw. der Verwaltung (wie Montesquieu) oder an der Universität (wie z.B. Smith und die meisten der folgenden Autoren) einen ausreichenden Lebensunterhalt sowie die nötigen Anregungen. Dieser Punkt trifft auch auf eine dritte, obwohl kleinere Gruppe von Autoren zu, die sich aufgrund eigener Einkommen aus einer Wirtschaftstätigkeit den Fragen nach der Gesellschaft, der Ökonomie und Politik sowohl zuwandten als auch zuwenden konnten (wie z.B. Ricardo, Owen, Engels).

Was von dem Beruf des Wissenschaftlers gilt, das läßt sich in ähnlicher Form von einem weiteren Indikator für das Sozialsystem ‚Wissenschaft‘ behaupten, nämlich von den wissenschaftlichen Institutionen. Universitäten sind – von einigen Vorläufern abgesehen – erst am Ende des 14. Jahrhunderts gegründet worden; sukzessive folgten andere Institutionen nach: Akademien, wissenschaftliche Gesellschaften, hochschulunabhängige Forschungsinstitutionen. Die Folge zunehmender Institutionalisierung, Sozialisierung, Ausdifferenzierung und Personalausstattung kann u.a. an der zunehmenden Zahl politikwissenschaftlicher Publikationen abgelesen werden. Heute existiert ein pluralistisches Nebeneinander verschiedener, z.T. miteinander konkurrierender Institutionen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung und Bedeutung. Man kann davon aus-

29 Vgl. hierzu: G.H. Sabine: 1939, S. 1–16 und 1937. Zum Problem der sogenannten ‘Belief-Sätze’ vgl. u.a. die Interpretation von K.O. Apel: 1964/65, S. 239ff. Aus dem Bereich der Sozialwissenschaften vgl. hierzu auch den Beitrag von P. Winch: 1958.

30 Vgl. T.S. Kuhn: 1967, S. 168.

gehen, dass sich derzeit mehr Personen mit politischen Frage- und Problemstellungen beschäftigen als je zuvor in der Geschichte. Auch die Darstellung der persönlichen Lebensverhältnisse der Autoren vermag zum Verständnis grundlegender Prämissen von Theorieproduktion beizutragen, wenngleich die Bedeutung des sozialen Umfeldes für die Theorieproduktion von Autor zu Autor schwankt.³¹

Die wissenschaftsinternen Bedingungsfaktoren: Das kognitive System – Neun Themenschwerpunkte

Bezüglich des kognitiven Systems der Wissenschaft, d.i. des bewußten, zielgerichteten Nachdenkens über die Gegenstände der Politik, lassen sich bei den Autoren der politischen Theorie thematische Schwerpunktbildungen beobachten. Man kann neun Analyseobjekte isolieren:

(1) Politik – Umfeld – Analysen.

Gemeint sind Untersuchungen über die strukturellen Beziehungen zwischen dem Politiksystem auf der einen Seite und dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, aber auch den kirchlichen Institutionen sowie der Wissenschaft und Technik auf der anderen Seite. Ihren Niederschlag finden diese Untersuchungen in den verschiedenen Theorien zur Politischen Ökonomie, Politischen Soziologie, Politischen Kultur etc. Mit einer, allerdings sehr unterschiedlichen Gewichtung, haben alle klassischen Autoren die Umwelt des politischen Systems im Auge, vielleicht mit Ausnahme der beiden ‚Moralisten‘ Kant und Humboldt, die eher eine Ethik und Rechtslehre als eine dezidierte gesellschaftliche Analyse konzipiert haben.

(2) Politische Handlungslehren.

In ihnen wird die Bedeutung eines oder mehrerer Akteure (bestimmte Subjekte, Politiker bzw. Regierungen, Nationalstaaten, Volksgruppen) zum Objekt von erfolgsorientierten Handlungs- und Entscheidungslehren erhoben und unterschiedlich gewichtet. Das politisch handelnde Subjekt ist vor allem von den sogenannten ‚Machiavellisten‘ thematisiert worden. In dieser Tradition stehen die Handlungstheorien von Machiavelli, Pareto oder Parsons, der dezisionistische Voluntarismus, wie ihn Bergson, Sorel, C. Schmitt vertreten haben, der poetische Subjektivismus von M. Weber oder die Elitetheorien von Mosca, Pareto, Michels und Lenin. Jede dieser Theorien kann auch als ein Beitrag zur Politischen Psychologie und Anthropologie aufgefaßt werden.

(3) Meinungs- und Willensbildungsprozesse.

Entwicklungen dieser Art spielen entweder im Vorfeld oder für das Regierungshandeln selbst eine ausschlaggebende Rolle. Rezeptionsgeschichtlich gesehen sind sie insbesondere im Zuge der Untersuchung von Demokratisierungsprozessen, wichtig geworden. Vor allem die Theoretiker des Liberalismus haben hier einen inhaltlichen Schwerpunkt gesetzt, der sich u.a. in Theorien zur öffentlichen Meinung, zum Parlamentarismus,

31 Vgl. hierzu die Gelehrtenportraits von W. Lepenies: 1985.

zum Wählerverhalten, zur Partei- und Verbandsorganisation und in der vergleichenden Regierungslehre seinen Niederschlag gefunden hat.

(4) Regierungshandeln.

Dieser klassische Gegenstand der älteren Politikwissenschaft bzw. der sogenannten ‚Staatswissenschaft‘ wird unter Einschluß der Frage nach der Rekrutierung und der Ablösung bzw. dem Sturz von Regierungen thematisiert. Außer bei den Systemtheoretikern steht in jedem Falle der Staat als einheitliches und autonomes Handlungssubjekt im Zentrum der Untersuchungen, z.B. hinsichtlich der Regierungsorganisation und der Verfassung. Bei den liberalen Theoretikern war das Regierungssystem das zentrale Untersuchungsobjekt, so z.B. bei Montesquieu, Rousseau, Mill, aber auch bei Hobbes; heutige Demokratietheorien (von: Easton, Dahl, Deutsch, Fraenkel, Friedrich, Sartori) haben es ebenfalls im Blick. Während hier aber die ‚Inputprozesse‘ in den Vordergrund gerückt werden, thematisieren andere Autoren vornehmlich die ‚Outputseite‘ des politischen Geschehens im Regierungssystem, d.i. die Organisation und Entscheidungsführung.

(5) Implementation von Entscheidungen.

Ähnlich wie bei (4) erachtet die Verwaltungswissenschaft die Bürokratie als zentral für das politische Handeln. Dementsprechend werden in dieser Subdisziplin Bürokratie- und Organisationstheorien erstellt, die z.B. auf der Grundlage eines Policy-Science-Ansatzes eine Evaluationsforschung ermöglichen sollen.

(6) Policy – Forschung.

Sie untersucht die unterschiedlichen materialen Politikfelder, die ihrerseits mit Hilfe verschiedener methodischer Ansätze analysiert werden können. Historisch gesehen verläuft dabei die Ausdifferenzierung der Politikbereiche parallel zur Ausbildung des neuzeitlichen Staates; vor allem aber tritt sie durch die Professionalisierung und Spezialisierung im Wissenschaftsbereich in Erscheinung. Die Policy-Analysen sind, von den frühen Theorien der Wirtschafts- und Finanzpolitik (bei Smith, Ricardo, Mill) abgesehen, jedoch eher jüngeren Datums.

(7) Frage nach der Lebensfähigkeit, der Innovation und dem Wandel von Herrschaft.

Die übergeordnete Theorie, die die Fragen von Stagnation, Reform, Revolution und Evolution behandelt, besteht in einer, unter Umständen nach Epochen untergliederten Geschichtsphilosophie sowie in Theorien des (sozialen) Wandels. Theorien über gesellschaftlichen, politischen Wandel sind vor allem von Fichte, Hegel, Marx – und in anderer Form auch von den Elitetheoretikern vorgelegt worden. Der z.T. radikale Wandel politischer Regime im 20. Jahrhundert hat der Transitionsforschung von der Demokratie zum Totalitarismus und vom Autoritarismus zur Demokratie (Juan Linz, Adam Przeworski) Aufschwung gegeben.

(8) Außenpolitik und Internationale Beziehungen.

Nicht nur das politische System i.w.S. hat ein spezifisches Umfeld, sondern auch das nationale. Der Bezug zu anderen Nationalstaaten oder die Position im Geflecht von zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen ist in der heutigen Zeit zunehmend wichtiger geworden, und zwar im Zeichen der Globalisierung bzw. Regionalisierung, der wachsenden Anzahl nationaler staatlicher Einheiten und der sicherheits- und wirtschaftspolitischen Blockbildung zur Zeit des Kalten Krieges und danach. Zahlreiche Theorien und Ansätze belegen die außerordentliche Relevanz dieses Themenkomplexes, der mittlerweile zu einer eigenen Subdisziplin der Politikwissenschaft geworden ist. Der Bereich der Außenpolitik, d.i. das Nach-außen-Wirken interner Strukturen, Prozesse und Handlungen, hat insbesondere in Autoren wie Machiavelli, Kant, Ricardo, Hobson, Lenin und Weber exemplarische Interpreten gefunden, und zwar im Zuge der Herausbildung des Nationalstaatensystems. Neuere Analysen konzentrieren sich auf die Themen Integration – Desintegration, Konflikt – Kooperation sowie auf Krieg und Frieden.

(9) Wertbezug der Politischen Theorie.

Die Ziele und Zwecke des staatlichen – oder allgemein – des politischen Handelns sind in der älteren Staatsrechtslehre ebenso thematisiert worden wie in der englischen-utilitaristischen bzw. der deutschen deontologischen Moralphilosophie der liberalen Autoren. In der Bundesrepublik haben beispielsweise die Verfassungsberatungen in der Nachkriegszeit sowie nach der Vereinigung einen Schwerpunkt bei den Wertbezügen, d.h. bei den Grundwerten und Staatszielbestimmungen gesetzt. Auch die UN-Menschenrechtscharta und die Menschenrechtscharta der Europäischen Union sind hier zu erwähnen. Hierzu gehören die viel zitierte Dichotomie von Gleichheit und Freiheit in der Demokratie, wie auch die ‚richtige‘ (Form der) Rationalität, z.B. die Zweckrationalität, im Unterschied zu einer ‚fatalistisch‘ zu nennenden Rationalität, die sich in einigen Ländern der sogenannten ‚Dritten Welt‘ entwickelt hat. In zahlreichen politischen Theorien wird jedoch nicht nur implizit, sondern auch explizit normativ argumentiert. Dazu gehören die wesentlich auf die Ziele des „allgemeinen Wohls“ und der „guten Ordnung“ in der antiken Tugendlehre wie der utilitaristischen Theorie bezogenen Überlegungen und der Rekurs auf den Wert der „(moralischen und politischen) Freiheit“, wie ihn Kant, Humboldt und Fichte konzipiert haben; gleichzeitig wären die verschiedenen Theorien zu nennen, die eine bestimmte Vernunfts- oder Verstandes-(d.i. Rationalitäts-) Auffassung in den Vordergrund rücken, zu denen, neben der initiierenden Theorie von Kant, die Geist- bzw. Vernunfttheorie von Hegel und Weber zu rechnen wären. Das davon nicht immer ablösbare Postulat nach staatlicher Einheit und selbstbewußter Bildung der Nation, gehörte zu den Wert- und Zielvorstellungen von Machiavelli, Fichte, Hegel und Weber.

Insgesamt gesehen sind die Autoren der Neuzeit keineswegs ‚moderner‘ i.S.v. systemumgreifender als ältere Autoren. Die Schwerpunkte liegen vielmehr immer im Zentrum der beständig neu sich ergebenden Fragestellungen innerhalb der Geschichte. Dies will sagen, dass Theorie und Geschichte zusammengehören, dass sie wechselseitig aufein-

ander verweisen und dass das eine ohne das andere nicht verstanden werden kann. Vergleicht man darum eine ältere theoriegeschichtliche Einheit (z.B. die machiavellistische Handlungstheorie) mit einer modernen Alternative (etwa der Handlungstheorie von Parsons oder Luhmann), dann kann man lediglich feststellen, dass die jeweilige Problemlösungskompetenz, bezogen auf die Zeitgeschichte, über- oder unterbestimmt wird, so dass sie, je nach Perspektive des Interpreten, besser oder schlechter als die Konkurrenztheorie erscheint. Da die Konstellation aller Theorien untereinander sich aber mit dem Aufkommen neuer Probleme beständig verschiebt, darum kann man auch nicht behaupten, dass die eine Theorie an sich besser oder schlechter sei als die andere. Genau das wäre ein Dogmatismus. Es reicht – wie Hans-Georg Gadamer in einem anderen Zusammenhang formuliert – zu sagen, dass die eine Theorie anders ist als eine andere.³² Um zu einem gegebenen Zeitpunkt aber entscheiden zu können, für welche Theorie dies (gerade) zutrifft, ist es von Vorteil, wenn man einen großen Fundus von (klassischen) Theorien hat.

Die Synthese von Wissens- und Sozialgeschichte

Über die genannten Gegenstände der Politik und Politikwissenschaft sind Theorien und Orientierungskonzepte erdacht worden, die das Verständnis einzelner Themen ermöglichen, indem sie Erklärungen dafür anbieten. Theorien sind darum mit einer Brille vergleichbar, ohne die man für die sachlichen Probleme, wie sie in der Außenwelt entstehen, blind wäre. Um im Bild zu bleiben: Die Brille verbessert also nicht nur den Blick auf die Objekte – etwa mit der Wirkung eines Mikroskops oder Fernglases vergleichbar – sondern sie ermöglicht diesen Blick überhaupt erst. Dies trifft auch auf die Politische Theorie zu: Durch die Theorie wird Wissen ermöglicht und *à la longue*, d.i. im Verlauf der Geschichte, zugleich verändert. Was von dem Wissen gilt, das gilt auch von der Politik: Politische Theorien sind zugleich politisches Subjekt und Objekt.

Die Wissensbestände, die aus solchen Analysen hervorgehen, entfalten wiederum ein Eigenleben, das nachfolgende Wissenschaftlergenerationen beeinflusst. Es gibt theoretische Orientierungsleistungen, die immer wieder rezipiert werden, entweder weil sie zentrale Fragestellungen formuliert oder weil sie prägnante Formulierungen bzw. Konzepte angeboten haben, die ‚gut‘ in das jeweilige politische Umfeld ‚passen‘. Um mit einer Metapher zu reden: Der Strom der Zeit treibt bestimmte Konzepte immer wieder an die Oberfläche, weil das Strombett sich immer nur graduell, in bestimmten Verläufen, nie aber abrupt und in toto ändert.³³

Diesen Vorgang des Weiterschreitens und der beständigen Korrektur kann man im Kuhn'schen Sinne als „normale“ und als „kumulative Wissenschaft“ bezeichnen; sie markiert zugleich den klassisch gewordenen Fundus von Wissen, der auch die Aktualität ihrer jeweiligen Autoren anzeigt.

32 Vgl. das bekannte Diktum H.G. Gadamers: „Es genügt zu sagen, daß man anders versteht, wenn man überhaupt versteht.“ In: ders.: 1975, S. 280.

33 Die Metapher lehnt sich an das sog. ‚Neurath-Gleichnis‘ an, das W.v.O. Quine seinem Buch „Word and Object“ als Motto vorangestellt hat. Es lautet: „Wie Schiffer sind wir, die ihr Schiff auf offener See umbauen müssen, ohne es jemals in einem Dock zerlegen und aus besten Bestandteilen neu errichten zu können.“ Vgl. den Erstabdruck in einem Aufsatz des Soziologen Otto Neurath u.d.T. „Protokollsätze“. In: Erkenntnis 3 (1932/33), S. 206.

Diese Wissensbestände haben aber nicht nur eine Wirkung auf das Wissen nachfolgender Generationen, sondern auch auf die politische Praxis, die in einigen Fällen als Funktion dieses Wissens angesehen werden kann. Eine wissenschaftliche und politische Wirkung kann dadurch zustande kommen, dass ein Experte sein Wissen weitergibt, und zwar als:

- Redner, der durch den Vortrag einen öffentlichen Multiplikatoreffekt erzeugt, der weit über die Wirkungen etablierter Bildungsinstitutionen hinausreicht;
- Lehrer, der im wissenschaftlichen Diskurs steht;
- politischer Berater, der die Politik indirekt beeinflusst, und zwar in der Form von persönlichen Gesprächen mit aktiven Politikern, als Mitglied von Kommissionen, als Gutachter von Gesetzesvorschlägen etc.;
- Wissenschaftler und Politiker, eine Personalunion, die sogar eine direkte Einflußnahme auf das politische Geschehen ermöglicht.
- Intellektueller, der in kritischer Distanz zur Politik kommentiert und kritisiert und damit den öffentlichen Diskurs anregt.

Die Subjekt-Objekt-Interdependenz der Theorien der Politik läßt sich nur sozialgeschichtlich darstellen, denn Theorien – also auch Politische Theorien – sind nicht einfach ‚gegeben‘, sondern sie werden gemacht, mit ihnen wird gehandelt und sie ermöglichen zugleich das Handeln. Darum ist die Geschichte der Politischen Theorien ein sozialwissenschaftliches Thema par excellence, bei dem den wissenschaftsexternen und wissenschaftsinternen Determinanten eine Hauptrolle zukommt.

Die Verknüpfung von Sozialgeschichte in ihrer mittelbaren makroskopischen (d.i. der Bezug auf generelle oder säkulare geschichtliche Entwicklungen) und in ihrer unmittelbaren mikroskopischen Dimension (d.i. einerseits der Bezug auf das persönliche Umfeld des Autors und auf die Vorgängertheorien andererseits) ist die eigentliche Aufgabe einer Theoriengeschichte, die nicht nur die Wissensgeschichte, sondern auch die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte als Sozialgeschichte im Auge hat.³⁴

Politik und Politikwissenschaft

Politik und Politikwissenschaft müssen als weitgehend voneinander unabhängige Tätigkeitsbereiche mit jeweils eigenen Normen, Stil- und Denkgewohnheiten verstanden werden.

Der Politiker wird als ein engagiert Handelnder aufgefaßt, der in ein bestimmtes Handlungsfeld eingebettet und an Handlungsnormen und Systembedingungen gebunden ist, gleichzeitig aber verantwortungsbelastet handelt – also m.a.W.: der in einer bestimmten Situation, unter Zeitdruck stehend, danach trachtet, für bestimmte politische Positionen und Vorhaben zu werben sowie Mehrheiten dafür zu finden und Entschei-

34 Als methodisch-theoretische Konstruktionen, dieses Vermittlungsverhältnis zu bestimmen, bieten sich an: die idealistische Epistemologie, der dialektische Materialismus, der Strukturfunktionalismus oder generell der Funktionalismus, das Äquivalenz- oder Entsprechungsprinzip. Diese Konzepte unterscheiden sich in der Art der Abhängigkeiten zwischen abstrahierenden Orientierungsleistungen und ihrem geschichtlich-sozialen Umfeld: Monokausalität, reziproke Kausalität, Gleichzeitigkeit ohne bestimmbar Kausalverbindung etwa über kulturelle Milieus.

dungen darüber herbeizuführen. Demgegenüber geht es dem Politikwissenschaftler um möglichst distanzierte Beobachtungen und Analysen; er handelt darum zumeist verantwortungsentlastet, ohne Zeitdruck, dem Handlungsrahmen enthoben und relativ frei im Durchspielen von Alternativen und systemtranszendierenden Überlegungen. Außerdem geht es ihm als Wissenschaftler nicht um die Durchsetzung von Entscheidungen, sondern um das Erkennen und Bewerten von Sachverhalten sowie um die Überzeugung von möglichst vielen Menschen durch nachprüfbare Argumente.

Dennoch sind die beiden Handlungsfelder des Politikers und des Politikwissenschaftlers aufeinander angewiesen. Denn *für die Politikwissenschaft* ist die Politik das Objekt, das beschreibend oder erklärend analysiert wird. Umgekehrt ist die Politikwissenschaft *für die Politik* ein Wissenslieferant, der den politisch Handelnden und den Entscheidungsträgern sachliche und prozedurale Informationen, sowie Orientierungen und argumentative Unterstützung an die Hand geben kann. Hinzu kommt, dass die Wissenschaft in der Lage ist, über das eigene Tun aufzuklären; sie ist m.a.W. selbstreflexiv. Auf der anderen Seite ist sie aber keineswegs in der Lage, das ganze Spektrum des möglichen Handlungswissens abzudecken, denn bei jeder (noch so einfachen) Handlung spielt eine große Anzahl von Fakten und Gesichtspunkten eine Rolle, die sich dem wissenschaftlichen Zugriff entziehen. Hierzu gehören die vorausplanenden und kalkulierenden Handlungsweisen ebenso wie z.B. die Erkenntnis des richtigen Augenblicks, also die Machiavellistische „virtu“, die die „occasione“ zu nutzen versteht.

Was heißt und zu welchem Ende studiert man die klassischen Theorien der Politik?

Fragt man abschließend, in Anlehnung an die Themenformulierung der berühmten Jenaer Antrittsvorlesung von Friedrich Schiller, was es denn nun heißt, die klassischen Theorien der Politik zu studieren, so ist eine Antwort unausweichlich: es gilt, nicht nur eine Antwort auf bestimmte Fragen zu geben, sondern eine Antwort zu geben, die zugleich den Sinn, den Stellenwert und die möglichen Antwort-Alternativen mitreflektiert. Kurz: das Studium der klassischen Theorien der Politik berücksichtigt auch das Medium mit, in dem allein Antworten gegeben werden können. Insofern ist dieses Studium bewußtseinsbildend, weil Antworten nicht einfach gegeben, sondern innerhalb einer Theorie erst hergestellt werden.

Dieser Prozeß der theoretischen Bewußtseinsbildung will naive, unreflektierte ad-hoc-Antworten verhindern; eben dies ist zugleich auch der vornehmliche Zweck des Studiums klassischer Theorien der Politik.

Hinzu kommt ein weiterer Vorteil, der von der Kenntnis und Berücksichtigung der Bandbreite, also von dem Spektrum möglicher Antworten handelt. Denn gerade das Studium der Theoriengeschichte verschafft einen Zugang zum Verständnis von Politik, politischen Fragen und von Antworten, wie sie in der bisherigen Geschichte gegeben worden sind. Aus ihrer Kenntnis ergibt sich die Fähigkeit zur Einordnung und Einschätzung aktueller politischer Probleme – also die Fähigkeit zur historischen, systematischen und vergleichenden Analyse. Das Studium der klassischen Theorien der Politik leistet darum mit einem Wort eine Orientierung, die nicht weniger beansprucht, als die

sinnvolle und zweckmäßige Einrichtung des sozialen Lebens sowohl zu erleichtern als auch zu ermöglichen.

Die Politikwissenschaft, als Teil der Geisteswissenschaften, hat vor allem eine zweifache Aufgabe: einmal Sinnkompetenz in öffentliche Debatten einzubringen und zum anderen verwertbares Wissen zu erzeugen. Nach dem Siegeszug angewandter bzw. anwendungsfähiger Wissenschaften wurden die Geistes- und später die Sozialwissenschaften als spezifisch sinnverstehende und Orientierungswissen erzeugende Unternehmungen zu Randerscheinungen³⁵ degradiert, ohne dass der Bedarf an Orientierungswissen nachgelassen hätte, der in Zeiten neuer Unübersichtlichkeit sogar noch zugenommen hat. Auch haben die Sozialwissenschaften z. T. den Weg praktischer Verwertbarkeit beschritten, so dass die Politikwissenschaft zu einem Zwittergebilde geworden ist, indem sie einmal – und dies wäre der spezifische Beitrag der Theoriegeschichte – sinnverstehend, wenn nicht sogar sinnerzeugend zur Diskussion um Orientierung (und dies durchaus im Sinne der Aufklärung über das So- und nicht Anderssein) beiträgt, zum andern vor allem im Bereich der Meinungs-, Wahl- und Verwaltungsforschung empirisch gestützte Aussagen zu erzeugen vermag, die die Praxis anleiten können. Doch auch dieser Verwertungsbereich bleibt purer Empirismus, wenn er nicht theoriegeleitet geführt wird. Damit muß man die Aussage bzw. den Vorwurf der Randständigkeit, der erst eigentlich heute gegen die „akademische Theorie im Zeitalter postmoderner Beliebtheiten und Beliebigkeiten“ (Narr) erhoben worden ist³⁶, zurückweisen. Die politische Theorie als Wissens- und Sozialgeschichte vermag dem Glasperlenspiel immanenter Selbstreflexion entgegenzuwirken.

Erkenntnisgewinne im historischen Überblick

Wie entwickelt sich wissenschaftliches Wissen in der Politikwissenschaft, ist die Dynamik der Entwicklung **kumulativ** oder **diskontinuierlich**? Gibt es ein Paradigma bzw. ein Paradigmawechsel im Sinne Kuhns als eine eher als sozial sich konstituierende wissenschaftliche Gemeinschaft um Meinungen, Wertungen und Methoden? Zwei Fragen werden aufgeworfen:

1. erstens wie entwickeln sich die von einer Gemeinschaft gehaltenen Paradigmata?
2. und zweitens wie werden sie generiert? Werden sie aus dem Wissensbereich geschöpft oder entstehen sie im Nachvollzug politischer Vorgänge?

Die Entwicklung politikwissenschaftlicher Theorien

Zu 1. Theorieentwicklungen können **linear** verlaufen, d.h. eine Theorie baut auf den anderen auf und lassen einen Trend zu demokratischen Formen erkennen, oder **kumulativ** in Wellen, d.h. neue und alte Erkenntnisse lösen sich ab bzw. bauen aufeinander auf; schließlich **darwinistisch**: eine Theorie killt die andere, und lässt Diskontinuitäten erkennen.

35 Dies wurde nach der Jahrhundertwende vor allem von dem Neukantianer Windelband (1921) und etwas später von dem Hermeneutiker Husserl (1935) thematisiert.

36 Vgl. Wolf-Dieter Narr: Akademische Theorie im Zeitalter postmoderner Beliebtheiten und Beliebigkeiten. In Neue Politische Literatur H.1, 1994, S. 254–263.

Ein Blick auf die Theoriesgeschichte lehrt: Es gibt einen Fundus von Orientierungsleistungen, Regeln, Grundsätzen, Lehren, ja Theorien, die die Ideen- oder Theoriegeschichte hervorgebracht haben wie zum Beispiel:

Den antiken **griechischen Philosophen** verdanken wir ein erstes umfassendes System politischen Denkens, vom Mythos zum Logos, die meisten Grundfragen von Politik und Politikwissenschaft sind hier erörtert worden.

Den **Römern** verdanken wir die ersten kodifizierten Rechtssysteme, den Begriff des Rechts, die Rhetorik, das (militärische) Organisationswesen, etc.

Das **christliche Mittelalter** hat die Zwei-Reiche-Lehre mit Dominanz der kirchlichen Glaubenswelt hervorgebracht, zwei Lebensweisen: in christlichen Glauben und in weltlicher Staatlichkeit, das letztendliche Heil liegt im Jenseits.

Mit der **Renaissance** und dem politischen Denker **Machiavelli** beginnt das neuzeitlichen Denken in eigenständigen politischen Kategorien mit Dominanz der diesseitigen weltlichen Sphäre, die weltliche Macht wird in staatlichen Organisationen zur eigenständigen Kategorie; politisches Handeln wird im Sinne des Erwerbs, des Erhalts von Herrschaft gesehen.

Das Zeitalter der **Aufklärung** erhebt die Vernunft zur Leitkategorie, betont die Emanzipation des Individuums, losgelöst von kirchlichen und weltlichen Bindungen.

Hobbes und Locke: der eine konstruiert den künstlichen Leviathan-Staat zur Sicherheit der Bürger vor Kriegen, der andere eine politische Ordnung, die die liberalen Grundrechte der Bürger durch gewaltenbalancierende Elemente sichern möchte; der Kampf zwischen Krone und Parlament machte einerseits die institutionelle Verankerung der absoluten Monarchie (Hobbes), andererseits ein ausbalanciertes Machtgleichgewicht (Lock) möglich.

Montesquieu hat den Geist der Gesetze des Verfassungsstaats, die sozialen und mentalen Inhalte von Gesetzen untersucht und die Lehre der Gewaltenteilung entwickelt.

Rousseau entwirft das Modell einer direkten Demokratie für Kleinstaaten, eine Ideal-demokratie, die durch Vertrag eine politische Gemeinschaft entstehen lässt.

Tocqueville ist der Denker des massendemokratischen Zeitalters; sein Anschauungsbeispiel sind die USA in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Kontrast zu Europa; er vermittelt Einsichten in das Funktionieren massendemokratischer Organisationsformen, die größte Gefahr drohe von der „Diktatur der Mehrheit“.

Smith und Ricardo begründen die liberale Marktwirtschaft durch Zurückdrängung des Staates aus dem Wirtschaftsleben; das bürgerliche Wirtschaftssystem ist gegen den Merkantilismus der absolutistischen Zeit gerichtet; der Bürger wird Wirtschaftssubjekt (Wirtschaftsliberalismus).

Kant entwirft die Umriss einer friedvollen Welt und entwirft eine „Theorie des demokratischen Friedens“; vertragsähnlich nachgebildet werden Bedingungen aufgestellt, die sowohl Handlungsanweisungen an die lebenden Potentaten sind als auch die politische Organisation betreffen (moralischer Liberalismus).

Wilhelm von Humboldt entwirft ein politisches System, das eine individuelle Entfaltung der persönlichen Talente und eine ganzheitliche Bildung ermöglichen soll (libertärer Bildungs-Liberalismus).

Fichte trägt im Zeichen von Fremdherrschaft zur Nationenbildung bei; die national-staatliche Einigung wird zunächst durch einen „Zwingherrn“, dann als demokratischer Republikanismus formuliert. Der „geschlossene Handelsstaat“ wird als Ideal einer selbstgenügsamen Volkswirtschaft konzipiert.

John Stuart Mill entwickelt die Freiheitsrechte weiter unter den Bedingungen demokratischer Repräsentativsysteme.

Hegel entwickelt im Zeichen der Zersplitterung und Fremdherrschaft Deutschlands eine Staatstheorie; der Staat erhält eine sittliche Qualität und wird zur Zentralfigur der Weltgeschichte. In der sukzessiven Abfolge von Völkern werde Freiheit entwickelt.

Die **Frühsozialisten** suchen nach neuen Wegen dem Emanzipationsbestreben der unterprivilegierten Schichten entgegenzukommen; es wird ein Entwurf neuer Lebens-, Gesellschafts- und Politikformen konzipiert.

Marx und Engels vollziehen die radikalste Wende des Säkularisierungsprozesses, der mit der Neuzeit beginnt (Feuerbachthesen) und erkennen die Bedeutung von Ökonomie für die Politik in kapitalistischer Gesellschaft; sie entwerfen einen Entwurf neuer Gesellschafts- und Politikordnungen mit staatszentrierter Ordnung, Emanzipation wird als humanistischer Anspruch auf materialistischer Basis (dialektischer Materialismus) gesehen.

Bernstein und Kautzky: Mehrheiten werden Praxis, Sozialismus in demokratischer Gesellschaft.

Die **Elitentheoretiker Mosca, Pareto und Michels** betonen die politische Bedeutung von gesellschaftlichen Schichten und Klassen; Macht wird als entideologisierte Form des politischen Kampfes gesehen; sie entwerfen ein Zirkelmodell von Eliten und geben Einsichten in die Organisationsbildung: „Das eherner Gesetz der Oligarchie“ (Michels); betont wird die Bedeutung nicht-rationaler Motive politischen Handelns.

Max Weber entwirft die Grundlagen der politischen Soziologie und definiert die neuzeitliche Bestimmung zentraler Begriffe, Konzepte der Soziologie und Politikwissenschaft (Macht, Herrschaft, Charisma).

Neben erklärenden Theorien sind zum Bestandteil demokratischer Herrschaftsformen folgende Grundregeln politischer Verfassungen geworden, die wiederum auf Erkenntnissen der Theoretiker der Politik beruhen (können) und Entwicklungen erkennen lassen:

- Machtbalance, Machtgleichgewicht, Gewaltenteilung, Macht wird durch Gegenmacht eingegrenzt (Locke, Montesquieu);
- Menschen- und Bürgerrechte (Locke, Mill) sowie Schutz dieser durch gerichtliche Instanzen;
- demokratische Verfassung wird auch für Parteien gefordert (Michels, Weber);

- je nach nationalen Gegebenheiten wird ein ausbalanciertes Verhältnis von staatlicher und gesellschaftlicher Zuständigkeit konzipiert (Pluralismus) (Humboldt, Smith).

Das Generieren politikwissenschaftlicher Theorien

Zu Frage 2. wie werden die Erkenntnisse der Politikwissenschaft generiert? Werden sie aus dem Wissensbereich geschöpft oder entstehen sie im Nachvollzug politischer Vorgänge?

Solche Prozesse sind nicht immer eindeutig zuordenbar, sie können aus komplexen Zusammenhängen generiert werden, sie entstehen aus dem Wissensbereich, aus dem sozialen Umfeld oder aus Gegebenheiten politischer Ordnungen bzw. Ordnungsveränderungen.

Beispiele: Der Gedanke der Menschenrechte, die Sicherung von Rechten gegenüber politischer Gewalt entsteht aus dem Kampf des Adels, der Barone gegen den König im mittelalterlichen England und führt zur Magna Charta (1215) und in der Folge zum Agreement of the People (1677), zur Habeas Corpus-Akte (1679), zur Bill of Rights von 1688. Die englischen und französischen frühliberalen Politiktheoretiker (Locke, Montesquieu) nehmen diese Gedanken in ihre Systeme auf.

Das Prinzip der Gewaltenteilung ist Ergebnis der bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse im England des 17. Jahrhunderts, des Kampfes zwischen Parlament und Monarchie; es ist einerseits ein intellektueller Nachvollzug politischer Vorgänge wie bei Locke, andererseits eine gegenteilige intellektuelle Reaktion wie bei Hobbes hin zum absoluten Staat.

Auch Machiavellis Denken in politischen Machtkategorien ist der Realität der Fürstenherrschaft zur Zeit der Renaissance entnommen, bringt allerdings dieses Neuzeitliche präzise auf den Begriff; Vorlage ist die Fürstenherrschaft in tätiger Aktion; dieser Realismus sieht von kirchlichen Dogmen ab und versucht mit den Mitteln machtsstaatlicher Organisation die territoriale Zersplitterung Italiens zu überwinden.

Der Wandel des Denkens im Zeitalter der Aufklärung stellt den vernunftbegabten Menschen in den Mittelpunkt und bringt seine Selbstbestimmung jenseits von Glaubensüberzeugungen zum Tragen; die Emanzipation des vernunftbegabten Menschen wird zur neuen Leitfigur; politisch richtet sich das Interesse nicht mehr nur auf die politisch Herrschenden, sondern zunehmend auf das Wohl des einzelnen Bürgers; dieser Prozess wird also gesteuert durch die Emanzipation des Wirtschaftsbürgers und setzt sich im politischen und moralischen Liberalismus fort. Man kann sagen, dass realhistorische Entwicklungen und theoretische Reflexion sich gegenseitig beeinflussen. Es waren immer wieder Missstände, Krisen, Revolutionen, Kriege etc. die zu neuem Denken veranlasst haben bzw. traditionelles Gedankengut wieder zum Tragen brachten.

BIBLIOGRAPHIE

- Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1980²
- Apel, Karl-Otto: Die Entfaltung der „sprachanalytischen“ Philosophie und das Problem der „Geisteswissenschaften“. In: Philosophisches Jahrbuch 72, 1964/65, S. 239ff.
- Arnim, Ludwig A. v./Brentano, Clemens: Des Knaben Wunderhorn (Heidelberg, 1806). München: Winkler, 1957
- Bermbach, Udo (Hrsg.): Politische Theoriengeschichte. Probleme einer Teildisziplin der Politischen Wissenschaft. Opladen. WdV, 1984 = PVS Sonderheft 15 (1984)
- Bermbach, Udo: Zur Entwicklung und zum Stand der politischen Theoriengeschichte. In: K.v.Beyme (Hrsg.): Opladen: WdV, 1986, S. 118–41 und 142–67= PVS Sonderheft 17 (1986)
- Beyme, Klaus v. (Hrsg.): Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin, Opladen: WdV, 1986, S. 118–41 und 142–67= PVS Sonderheft 17 (1986)
- Beyme, Klaus v.: Die Politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung (5. überarb. u. erg. Aufl. d. Erstausg. v. 1972). Opladen 2000
- Beyme, Klaus v.: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne. Frankfurt: Suhrkamp, 1997
- Bloch, Ernst: Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit. In: Ders.: Erbschaft dieser Zeit. In: Ders.: Gesamtausgabe, Bd. 4, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1962 u. 1973
- Braun, Eberhard/Heine, Felix/Opolka, Uwe: Politische Philosophie. Ein Lesebuch. Reinbek: rororo, 1998
- Brecht, Arnold: Politische Theorie. Tübingen: Mohr, 1961
- Brodcz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Politische Theorien der Gegenwart I und II. Opladen/Toronto: Barbara Budrich/UTB, 2016⁴;
- Burnham, James: The Machiavellians (1943). Chicago 1963; dt.: Die Machiavellisten. Zürich: Pan Verlag, 1949
- Carlsnaes, Walter: Ideology and Foreign Policy. Oxford: Basil Blackwell, 1986
- Dunn, John: The History of Political Theory. Cambridge: Cambridge UP, 1996
- Eckstein, Harry: The Idea of Political Development: From Dignity to Efficiency. In World Politics 34, July 1982
- Euchner, Walter: Demokratietheoretische Aspekte der politischen Ideengeschichte. In: Kress, G./Senghaas, D. (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt/M.: Fischer, 1975, S. 37–61
- Falter, Jürgen W./Göhler, Gerhard: Politische Theorie. Entwicklung und gegenwärtiges Erscheinungsbild. In: K.v. Beyme (Hrsg.): Opladen: WdV, 1986, S. 118–41 und 142–67= PVS Sonderheft 17 (1986)
- Faul, Erwin: Der moderne Machiavellismus. Köln/Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1961

- Fenske, Hans: Geschichte der politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart. Frankfurt/M.: Fischer, 2000
- Fetscher, Irving/Münkler, Heribert (Hrsg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen. München: Piper, 1985 (= Bd. 3) und 1986 (= Bd. 4)
- Fijalkowski, Jürgen: Die Wendung zum Führerstaat. Die ideologischen Komponenten in der politischen Philosophie Carl Schmitts. Köln/Opladen: WdV, 1958
- Fraenkel, Ernst: Die repräsentative und plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat. In: ders.: Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart: Kohlhammer, 1979⁷
- Friedrich, Carl Joachim/Brzezinski, Zbigniew.: Totalitarian Dictatorship and Autocracy. New York 1956; dt.: Totalitäre Diktatur. Stuttgart: Kohlhammer, 1957
- Friedrich, Carl Joachim: Man and his Government. New York 1963; dt.: Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung. Opladen: WdV, 1970 – und: Prolegomena der Politik, Berlin: Duncker & Humblot, 1967
- Friedrich, Carl Joachim: Die Philosophie der Geschichte als Form der Überlagerung, in: Wirtschaft und Kultursystem. FS für A.Rüstow. Hrsg. von G.Eisermann, Erlenbach-Zürich: Reutsch, 1955, S. 149–171
- Gadamer, Hans-Georg: Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. Tübingen: Siebeck/Mohr, 1986⁵
- Galtung, Johan: Struktur, Kultur und intellektueller Stil. In: Leviathan 3, 1983, S. 303–338 – und ders.: Methodology and Ideology. Kopenhagen: Ejlers, 1977
- Germino, Dante: Modern Western Political Thought. Machiavelli to Marx. Chicago: McNally, 1972
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied: Luchterhand, 1962
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. In: ders.: Werke in 20 Bänden. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1970
- Heeger, Robert: Ideologie und Macht. Uppsala: Diss., 1975
- Husserl, Edmund: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Hrsg. von Elisabeth Ströcker. Hamburg: Meiner, 1982
- Kocka, Jürgen: Sozialgeschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1986²
- Kuhn, Thomas S.: The Structure of Scientific Revolutions (1962). Dt.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1967
- Kühnl, Reinhard: Formen bürgerlicher Herrschaft. Bd. 1: Liberalismus – Faschismus. Reinbeck: Rowohlt, 1971
- Lepénies, Wolf: Die drei Kulturen, München: Hanser, 1985
- Lenk, Kurt: Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart: Kohlhammer, 1971
- Lenk, Kurt/Franke, Berthold: Theorie der Politik. Eine Einführung. Frankfurt/M.: Campus, 1991
- Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1991

- MacPherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie. Frankfurt/M.: EVA, 1967
- MacPherson, C.B.: Democratic Theory. Essays in retrieval. Oxford: Clarendon, 1973
- Maier, Hans/Rausch, Heinz/Denzer, Horst (Hrsg.): Klassiker des Politischen Denkens (2 Bd.e). München: Beck, 1968 und 1986/87, 2000
- Mannheim, Karl: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. Darmstadt: Hermann Gentner, 1958
- McClelland, J.S.: A History of Western Political Thought. London: Routledge, 1996
- Meisel, James H.: Der Mythos der herrschenden Klasse. Düsseldorf: Econ, 1962
- Montesquieu: Considérations sur les causes de la grandeur des Romains et de leur décadence (1774); dt.: Größe und Niedergang Roms, hrsg.v. Schuckert, Lothar, Frankfurt/M.: Fischer, 1980
- Narr, Wolf-Dieter: Akademische Theorie im Zeitalter postmoderner Beliebtheiten und Beliebigkeiten. In: Neue Politische Literatur 1, 1994, S. 254–263
- Naschold, Frieder: Systemsteuerung. Einführung in die moderne politische Theorie. Stuttgart: Kohlhammer, 1972³
- Neumann, Franz (Hrsg.): Handbuch politischer Theorien und Ideologien. Reinbeck: Rowohlt, 1989
- Pfetsch, Frank R.: Die Entwicklung zum faschistischen Führerstaat in der politischen Philosophie von Robert Michels. Heidelberg (Diss.), 1964
- Pfetsch, Frank R.: Erkenntnis und Politik. Philosophische Dimensionen des Politischen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1995
- Pfetsch, Frank R.: Handlung und Reflexion. Theoretische Dimensionen des Politischen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1995
- Pfetsch, Frank R.: Wissenschaft als autonomes und integriertes System. In: NPL 1, 1972, S. 15–28
- Pfetsch, Frank R.: Verfassungspolitik der Nachkriegszeit. Theorie und Praxis des bundesdeutschen Konstitutionalismus. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1985
- Politisches Denken. Jahrbuch 1994, 1995/96, 1997. Stuttgart: Metzler, 1995ff.
- Quine, Willard van Orman: Wort und Gegenstand (Word and Object). Stuttgart: Reclam, 1980
- Röhrich, Wilfried: Sozialgeschichte politischer Ideen. Die bürgerliche Gesellschaft. Reinbeck: Rowohlt, 1979
- Sabine, G.H.: A History of Political Theory. (1937). Fort Worth: Harcourt Brace College 1989
- Sabine, G.H.: What is a political theory? In: Journal of Politics 1, 1939, S. 1–16
- Sartori, Giovanni: Democrazia e definizioni (1958). Engl.: Democratic Theory (1959). New York 1962⁷. Dt.: Demokratietheorie. Darmstadt: Wiss. Buchges., 1992

- Schmid, Manfred G.: Demokratietheorien. Opladen: Leske & Budrich, 2000³
- Sternberger, Dolf: Drei Wurzeln der Politik. Frankfurt/M.: Insel Verlag, 1978 und Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1984
- Strauss, Leo/Cropsey, Joseph (Eds.): History of Political Philosophy. Chicago/London: University of Chicago Press, 1987³
- Talmon, Jakob L.: Die Ursprünge der totalitären Demokratie. Opladen: WdV, 1961
- Touchard, Jean: Histoire des idées politiques. Paris: Presses Universitaires de France (2 Bd.e), 1962
- Topitsch, Ernst: Über Leerformeln. In: Probleme der Wissenschaftstheorie. Festschrift für V. Kraft. Wien: Springer, 1960
- Vedung, Evert: Political Reasoning. Beverly Hills, Cal.: Sage, 1982
- Weingart, Peter: Wissensproduktion und soziale Struktur. Frankfurt/M. 1976 und: Ders. (Hrsg.): Wissenschaftssoziologie, Frankfurt/M.: Athenäum, (2 Bd.e) 1972 u. 1974
- Willms, Bernhard: Die politischen Ideen von Hobbes bis Ho Tshi Minh. Stuttgart: Kohlhammer, 1972
- Winch, P.: The idea of a Social Science. London: Routledge & Kegan, 1960²
- Windelband, Wilhelm: Geschichte und Naturwissenschaft. In: Präludien. Bd. 2. Tübingen: Mohr, 1921
- Zippelius, Reinhold: Geschichte der Staatsideen. München: Beck, 1985⁵

II. DAS HELLENISTISCHE WELTBILD

Die westliche Kultur ist von zwei Denktraditionen bestimmt, der antiken griechisch-römischen und der antiken hebräischen. Die romanischen und die germanischen Traditionen können als Ergänzungen und Weiterführungen begriffen werden.³⁷ Bedeutsam ist, dass sich etwa zur gleichen Zeit in relativer Abgeschlossenheit voneinander Kulturen entwickelt haben: In China wirkten Lao Tse (etwa 609–517 v.Chr.) und Konfuzius, in Indien der Stifter des Jainismus Mahavira (etwa 599–527 v.Chr.) und Buddha (ca. 563–483 v.Chr.), und in Griechenland treten die sogenannten Vorsokratiker etwa zwischen 600 v.Chr. bis zum Beginn des 4. Jahrhunderts v.Chr. auf.³⁸ Höhepunkt der griechischen Philosophie, sowie des politischen Denkens bildet das Dreigestirn Sokrates, Platon und Aristoteles während der Zeitspanne von 470 bis 322 v.Chr., von denen der jüngere jeweils Schüler des Älteren war.

Die abendländischen Denktraditionen kann man vereinfachend und selektiv vor allem hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Gott, der Einstellung zur Welt und der Vorstellung von Glück unterscheiden.

Der Pantheismus der Griechen betrachtet die Welt als spontan entstanden und das Göttliche in der Welt immanent. Durch den Gebrauch der Vernunft (logos, nous) kann der Mensch zur Erkenntnis des Göttlichen kommen und Einsichten sich erschließen.

Der Deismus der hebräischen (und später auch der christlichen) Welt sieht die Welt als Geschöpf eines allmächtigen Gottes, nämlich Yahweh, dessen Wirken das Weltliche transzendiert. Das Göttliche ist durch aktives Handeln zu erschließen und führt nur so zur Befreiung.

Für die griechische Welt ist die Figur des nous zentral, d.h. das Ansehen und das Denken als theoretischer Akt (theos = Gott, horao = wahrnehmen); im Unterschied zu den indischen und ägyptischen Formen religiösen Denkens und Empfindens kennt die griechische Kultur keinen Priesterstand mit vergleichbarer Bedeutung hinsichtlich der Dogmatisierung des Denkens. In der hebräischen Tradition steht die Figur des nabi, d.h. des Propheten, der als auserwählte Person als Mittler zwischen Gott und den Menschen fungiert. Stehen in der griechischen Tradition das Sehen und Denken und die Werkzeuge Augen und Verstand im Vordergrund, so in der hebräischen das Hören und Handeln mit dem Gehör und der Aktion.

Im griechischen Denken der Diesseitigkeit und Helle homerischer Religion (im Unterschied zur orientalischen Unterströmung mit Sünde, Buße und Reinigung) bilden das Göttliche und die Welt/Natur eine Einheit, in der hebräischen besteht ein Dualismus zwischen dem persönlichen Gott, der dynamisch gedacht ist, und seiner Schöpfung der Welt/Natur.

Die Erkenntnis des Göttlichen erschließt sich den Griechen durch das Medium des Geistes und des Verstandes, den Israeliten durch einen Vermittler.

37 Vgl. Mehdi Padamsee: *The Nous and the Nabi. The Greek and the Hebrew Traditions in the History of Western Culture*. New Delhi: MS 1991.

38 Hans Joachim Störig: *Kleine Weltgeschichte der Philosophie*. Frankfurt/Main 2002, S. 133–138.

Lassen sich mit der griechischen Welt Begriffe wie Harmonie, Spekulation, Kontemplation, Vernunft, Wissen, Intellekt, Notwendigkeit assoziieren, so entsprechen ihnen Begriffe wie Veränderung, Aktion, Glaube, Freiheit, Wille in der hebräischen Welt.

Man hat diese unterschiedlichen Lebenswelten in Verbindung gebracht mit den je unterschiedlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten der beiden Völker. Das Kontemplative, die Vorstellung von einer prästabilisierten Harmonie und der Gebrauch des Verstandes zu ihrer Erkenntnis kann einer Sklavenhaltergesellschaft entsprungen sein, deren Oberschicht die Zeit und die Muße aufbringen konnte, um durch eher passive, vor allem gedankliche Anstrengungen zur Erkenntnis des Göttlichen zu gelangen. Hingegen ist das aktionsbestimmte, auf Befreiung gerichtete hebräische Verhalten eher Ausdruck eines unterdrückten Volkes.

Das zirkuläre Denken der Griechen weist dem Transzendenten nur eine geringe Bedeutung zu, während das lineare Denken der Israeliten eschatologische Züge aufweist.³⁹

Zeittafel I: Die Zeit des Hellenismus

ca. 750	Beginn der Kolonisation
ca. 620	Drakons Gesetzgebung
594–593	Reformgesetzgebung Solons, Teilnahme des Volkes an politischen Entscheidungen
561–510	Tyrannis des Peisistratos und seiner Söhne
ca. 525	Pythagoras entwickelt Lehrsätze der Geometrie, Astronomie und Musiktheorie
510	Sturz der Tyrannen
508–507	Reform des Kleisthenes
490	Erster Perserzug: Schlacht bei Marathon, Sieg der Athener über die Perser
480	Zweiter Perserkrieg: Invasion des Xerxes, Schlacht bei Salamis
ca. 484–430	Herodot
472	Aichilos: <i>Die Perser</i>
465	Der Perserkönig Xerxes wird ermordet
462–461	Entmachtung des Areopags, Durchbruch zur Demokratie
ca. 460–400	Thukydides
451/0	Perikles' Bürgerrechtsgesetze
431–404	Peloponnesischer Krieg zwischen Athen und Sparta, Athen unterliegt
429	Perikles' Tod
421–414	Unterbrechung des Kriegs durch den Nikias-Frieden zwischen Athen u. Sparta

³⁹ Vgl. hierzu: Hubert Cancik: Die Rechtfertigung Gottes durch den Fortschritt der Zeiten. Zur Differenz jüdisch-christlicher und hellenistisch-römischer Zeit- und Geschichtsvorstellung. In: Die Zeit. Dauer und Augenblick. München u. Zürich: Piper 1998, S. 257–288.

427	Geburt Platons
404	Niederlage Athens bei Aigospotamoi; Tyrannei der Dreißig
400–394	Spartanisch-Persischer Krieg
399	Todesurteil gegen Sokrates wegen Gottlosigkeit und Jugendverführung
398	Platons <i>Apologie</i> und <i>Kriton</i> erscheinen
394–387	Korinthischer Krieg
ca. 390	Erste Reise Platons nach Syrakus
389	Platons <i>Gorgias</i> erscheint; Platons erste Reise nach Italien und Syrakus
387	Platon gründet die Akademie in Athen
384	Geburt des Aristoteles
375	Platon: <i>Politeia</i>
367–366	Zweite Reise Platons nach Syrakus
367	Tod von Dionysios, Herrscher von Syrakus
361–360	Dritte Reise Platons nach Syrakus
356–326	Alexander der Große
350–346	3. Heiliger Krieg
347	Tod Platons
343–340	Aristoteles übernimmt die Erziehung des 13-jährigen Alexander (356–323)
338	Sieg Philipps II. von Makedonien über die Griechen bei Chaironeia
322	Tod des Aristoteles

Die griechische polis und die demokratische Öffentlichkeit

Nach Jean Touchard ist die griechische Antike durch folgende Merkmale gekennzeichnet⁴⁰:

Der Stadtstaat oder die polis

Hier gilt die Stadt als Lebensform schlechthin; sie ist der Ort der Zivilisation, und zu ihm gehören auch die griechischen Gründungen außerhalb Griechenlands, die als städtische Siedlungen anzusehen sind; die griechische Antike kennt, vielleicht mit Ausnahme von Syrakus, also keine Territorialstaaten im neuzeitlichen Sinne. Alle außerhalb dieses Lebensraums wurden als Barbaren behandelt.

Der Stadtstaat ist gekennzeichnet durch innen- und außenpolitische Selbständigkeit (Autonomie und Eleutherie), wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit (Autarkie), ergänzt durch Handel, und lokale Kulte. Athen hatte im 5. Jahrhundert insgesamt etwa 250.000 Einwohner, d.h. etwa 1/10 der griechischen Bevölkerung lebte in Athen.

40 Vgl. Jean Touchard: *Histoire des idées politiques*. Paris: Presses universitaires de France, 1959, S. 7.

Die Sklaverei

Die Sklaverei war die Grundlage der materiellen Produktion: Sklaven sind Eigentum und damit Produktionsmittel. Diese Verhältnisse waren die nicht weiter hinterfragten natürlichen Gegebenheit; die Natur habe, so Platon, zwei Arten von Menschen hervorgebracht: solche, die befehlen und solche, die gehorchen.

Der Begriff der Gesetze

Die vorherrschenden Regimes waren seit dem 7. Jahrhundert Aristokratien bzw. Oligarchien und Monarchien. Allmählich kommen mit neuen Schichten – städtisches Bürgertum bestehend aus Handwerkern, Kaufleuten, z.T. unterstützt durch „Arbeiter“ – andere politische Ordnungen auf; der großgrundbesitzende Adel verliert an Macht. Die Kleinbauern steigen ab. Die durch diesen Wandel anstehenden sozialen Kämpfe münden häufig in Kompromisse in Form geschriebener Gesetze, oder in tyrannische Schlichtung.

Die drei Regimes

Empirische Vorlage für zahlreiche griechische Schriftsteller, wie z.B. Herodot, war der Wechsel zwischen drei verschiedenen sich sukzessive ablösenden Regimes, der zu einer idealtypischen Kreislaufbetrachtung der Geschichte führte.

1. Zunächst existierten die Monarchie und die Tyrannis.
2. Diese Einzelherrschaften wurden durch Aristokratien bzw. Oligarchien in ihren verschiedenen Erscheinungsformen abgelöst.
3. Schließlich kam es zur (negativ bewerteten) Volksherrschaft, der Demokratie, deren Auswüchse wiederum eine starke Herrschaft auf den Plan rief.⁴¹

Das Neuartige, das die hellenistische Welt hervorbrachte und bis auf den heutigen Tag von Bedeutung geblieben ist, kann also in der Art des Zusammenlebens in einer kleinen überschaubaren Stadtstaaten-Gemeinschaft gesehen werden. Diese später als Demokratie bezeichnete politische Organisationsform gilt als Ausgangspunkt theoretischer Überlegungen über diesen Typ politischer Gemeinschaftsbildung. Worin besteht das Neuartige an dieser Urform demokratischer Organisation, die im Übrigen keinesfalls für die politische Geschichte der Griechen die vorherrschende war?

Das Wort ‚Demokratie‘ leitet sich von *demos* (Volk) und *kratein* (herrschen, Macht ausüben) ab. Ihr wichtigstes Herrschaftsorgan war die Volksversammlung *ekklesia*, in der die athenischen Vollbürger über wichtige politische Fragen durch Handzeichen der in der *ekklesia* Erschienenen abstimmen konnten. Die griechische Demokratie war somit eine Politik der „bestimmenden Hand des demos“, wie es Aischylos in seiner Tragödie „Die Hiketiden“ („Die Schutzflehenden“) zum Ausdruck brachte. Vorbereitet wurden die öffentlichen Abstimmungen, bei der fünf- bis sechstausend (also etwa 0,2% der griechischen Bevölkerung der damaligen Zeit) abstimmungsberechtigt waren, durch den Rat der 500 (βουλή, *bulē*), die seit den Reformen des Kleisthenes die Beschlussvorlagen erarbeiteten. Eine Gruppe von 50 Prytanen (amtsführende Ratsmitglieder aus dem Rat der 500) führte die Geschäfte, blieb aber wie der Rat der 500 im-

41 Siehe ausführlicher Jochen Bleicken: Die athenische Demokratie, UTB/Schöningh 1986.

mer eingebunden in die Entscheidungen der *ekklesia*. Ein wichtiges Prinzip der als Vollbürger sich Versammelnden war das der Gleichheit (*ἰσωνομία*, *isonomie*), das jedem Abstimmenden ohne Ansehen seiner Stimme das gleiche Gewicht gab. Die Bürger waren bei sozialer Ungleichheit politisch untereinander Gleiche. Insofern können die griechischen Demokraten als Gleiche unter Ungleichen oder als „ungleiche Gleiche“ bezeichnet werden.⁴² Diese politische Organisationsform kann als direkte, plebisitäre oder ideale Demokratie bezeichnet werden, wie sie später auch von Jean-Jacques Rousseau konzipiert worden ist.

Diese Herrschaft des Volkes zeichnet sich also dadurch aus, dass sie vom Volk ausgeht, durch den *demos* oder seine gewählten Repräsentanten ausgeübt wird und im Sinne des Wohls der Gemeinschaft handelt bzw. handeln sollte.⁴³ Die Volksversammlungsherrschaft hat in der Folgezeit viele Wandlungen erlebt: von einer zunächst negativ bewerteten Pöbelherrschaft ist der Begriff ‚Demokratie‘ zu einem positiv bewerteten Begriff der Herrschaft des Volkes avanciert, die Zahl der Teilhabeberechtigten ist ständig ausgeweitet worden, intermediäre Gruppen sind als meinungsbildende und vermittelnde Institutionen hinzugetreten und verfassungsrechtliche Kodifikationen sind zur Norm geworden.

Die Athener Demokratie – in ihrem fortgeschrittenen Stadium – als ein selbstbestimmtes System freier Bürger zu charakterisieren, hat sich damit von Mythos und Religion gelöst, ist vom „Mythos zum Logos“ (Reese-Schäfer) transmutiert, und ist mentalitätsgeschichtlich durch Säkularisation (Verweltlichung) und Anthropozentrierung (Vermenschlichung) gekennzeichnet.

Platon (428–347 v.C.)

Person, Herkunft und Jugend

Platon, eigentlich Aristokles, stammt mütterlicher- wie väterlicherseits aus berühmten und wohlhabenden Familien der athenischen Aristokratie. Diese Herkunft, auf die er immer stolz gewesen ist, hat sein Leben weitgehend bestimmt. Sein Vater Ariston leitet sein Geschlecht von dem sagenhaften Ahener König Kodros und dem Gott Poseidon ab. Seine Mutter Periktione führte ihren Stammbaum auf Dropides, einen Freund und Gefolgsmann Solons, zurück.

Die relativ frühe Begegnung mit Sokrates entwickelte sich zu einem entschiedenen Lehrer-Schüler-Verhältnis, als Platon ca. 20 Jahre alt war, also 8 Jahre vor dem Tod des Sokrates.

Verschiedene Ereignisse prägten Platon in seinen frühen Lebensjahren. Dies waren insbesondere:

Erstens die Herrschaft der „Dreißig Tyrannen“. Nach der Niederlage Athens im Peloponnesischen Krieg (431–404) übernahmen unter dem Schutz der Spartaner 30 athenische Aristokraten die Herrschaft in der Stadt, unter ihnen ein Vetter und ein Bruder

42 Vgl. Dolf Sternberger: Drei Wurzeln der Politik. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1984, S. 87, 128.

43 Vgl. Jochen Bleicken: Die athenische Demokratie. Paderborn 1994; Manfred M. Schmidt: Demokratietheorien. Opladen 2000(3).

von Platons Mutter, Kritias und Charmides. Sie redeten Platon zu, die politische Laufbahn einzuschlagen. Platon hoffte zunächst, das neue Regime werde gerechtere Verhältnisse schaffen, wandte sich aber bald enttäuscht von ihm ab. Als 403 die Demokratie wiederhergestellt wurde, dachte Platon erneut daran, sich politisch zu engagieren. Aber das – als eine Folge dieser Herrschaft der Dreißig – zweite ihn prägende Ereignis, nämlich die Hinrichtung seines Lehrers und Freundes Sokrates durch die neuen Machthaber (399), die jenen der Gottlosigkeit anklagten, ließ Platon an einer politischen Reform Athens zweifeln.

Er kam zu der Auffassung, Gerechtigkeit könne nur dann verwirklicht werden, wenn die wahren Philosophen zu Herrschern oder die Herrscher zu wahren Philosophen würden, d.h. wenn politische Vernunft und Macht sich in einer Person verbinden würden. Seine Philosophie will einer gerechten politischen Ordnung dienen. Platon glaubte, er könne eine politische Philosophie nur dann aufrichtig und überzeugend vertreten, wenn er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Praxis einsetzte. Diese Überzeugung motivierte seine politische Tätigkeit in Syrakus, die ein völliger Fehlschlag wurde: Um 390 unternahm er Studienreisen nach Ägypten, Kyrene, wo er den Mathematiker Theodoros traf, sowie nach Unteritalien, wo er Archytas von Tarent und anderen Pythagoreern begegnete. Ohne bestimmte Absichten reiste er nach Syrakus weiter. Dort gewann er den jungen Dion, den Schwager des tyrannischen Herrschers Dionysios I., für seine sittlichen und politischen Ideale. Der Aufenthalt soll damit geendet haben, dass Dionysios I. Platon als Sklaven verkaufen ließ.

Auf dem Sklavenmarkt von Ägina freigekauft, gründete Platon nach seiner Rückkehr auf einem Grundstück außerhalb Athens, das nach dem Heros Hekademos benannt war, 387 (385?) seine Schule, *die Akademie* und begann sein umfangreichstes Werk, die *Politeia*, das „nicht nur die Summe der platonischen Philosophie, sondern auch das erste erhaltene und maßstabgebende Werk der abendländischen politischen Theorie“ darstellt.⁴⁴ Die Akademie hatte die Rechtsform einer religiösen Vereinigung zur Verehrung der Musen und war eine Lebensgemeinschaft von Lehrenden und Lernenden. Das Programm umfaßte Mathematik, Naturwissenschaft und Dialektik.

Platon unternahm 3 Reisen nach Syrakus (Sizilien):

- Die erste oben erwähnte Reise um 390, auf der er sich etwa zwei oder drei Jahre in Syrakus aufhielt; Verstimmungen zwischen Platon und Dionysios I. führen schließlich zum Abbruch der Beziehungen.
- Nach dem Tod Dionysios' I. veranlaßte Dion dessen Sohn Dionysios II., Platon als Lehrer und politischen Berater einzuladen. Diese zweite Reise (um 367/366) führte jedoch ebenfalls zu starken Spannungen und hatte zur Folge, dass Dion des versuchten Hochverrats beschuldigt und des Landes verwiesen wurde.
- Die dritte Reise nach Syrakus, 361/360, ging ebenfalls auf Einladung von Dionysios II. zurück, die Platon nach langem Zögern annahm. Nach anfänglichem Einvernehmen in den Fragen der Philosophie entwickelten sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Verbesserung der Situation Dions. Trotz eines abgelegten Versprechens ver-

44 Barbara Zehnpfennig: Platon 1997, S. 384.

weigert Dionysios II. Platon die Heimkehr nach Athen, die Platon schließlich nur durch Unterstützung von Archytas und anderen Freunden in Tarent erzwingen kann. Bald nach seiner Rückkehr traf Platon Dion bei den Olympischen Spielen. Dion bat ihn um Unterstützung bei seinem Feldzug gegen Dionysios II, die Platon jedoch ablehnt. Der Feldzug selbst hatte die Ermordung Dions und den Sturz des Dionysios II zur Folge.

Zwei Dinge erweisen sich als das eigentlich Bedeutsame der drei sizilianischen Reisen: Zum einen der Versuch Platons, hier seine Anschauungen über den Staat zu verwirklichen. Er versuchte dies zunächst über den Machthaber selbst, dann als Erzieher des Dion; beides allerdings ohne Erfolg. Zum anderen zeigen die Versuche philosophischer Politikberatung, wie sehr die Philosophie an der Praxis scheitern und zum Spielball machtpolitischer Interessen werden kann. Nicht sehr verschieden ist das Verhältnis von Politik und Wissenschaft heute. Politikberatung ist auch heute abhängig von politischen Interessen, die als Filter zur Praxis dienen. Die Konsequenzen sind allerdings verschieden. Versklavung muss ein Wissenschaftler heute nicht mehr fürchten, auch wenn eine Ermordung nicht ganz ausgeschlossen werden kann.⁴⁵ Dennoch galten Platons praktische Tätigkeiten während seines Aufenthaltes auf Sizilien keineswegs dem Versuch, den Idealzustand auf Sizilien zu verwirklichen, sondern sie galten

- der weisen Herrschaft des Darius, d.h. einem gesetzmäßig begründeten Königtum,
- der Gesetzesherrschaft (abweichend vom Philosophenkönig),
- der sittlichen Zucht,
- der Verfassung mit Volksgewalt, Königtum und Aristokratie, also einer gemischten Verfassung.

Zeit und Umstände

Kriege waren die ständigen Begleiter der Antike (vgl. Zeittafel I: Die Zeit des Hellenismus), wobei Kriege zwischen den Stadtstaaten und solche gegen externe Feinde geführt worden sind und Vorlage für Historiker und Schriftsteller wurden, so die Perserkriege für Herodot (484–425), die Trojanischen Kriege für Homer (zw. 750 und 650) und die Peloponnesischen Kriege für Thukydides (460–396).

Platon wurde während des Peloponnesischen Krieges geboren. Er war etwa 24 Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Die Schreckensherrschaft der „Dreißig Tyrannen“, die von Platons Verwandten angeführt wurde, und schließlich die Hinrichtung von Sokrates veranlaßten Platon vor dem Hintergrund der Instabilität und Ruhelosigkeit zu der Aussage:

„Ich sah, dass alles schwankte und sich ziellos änderte; da fühlte ich mich schwindlig und verzweifelt.“ (7. Brief)

Die politischen Umstände zu Platons Zeiten waren durch Wandel und Instabilität gekennzeichnet. Die Perser gingen als Sieger aus den Peloponnesischen Kriegen hervor; mit dem Geld der Perser schlug Sparta schließlich Athen nieder. Die Zerschlagung

⁴⁵ Um ein Beispiel aus neuerer Zeit zu nennen: der italienische Regierungsberater Prof. Marco Biagi wurde im März des Jahres 2002 durch die Roten Brigaden in Bologna getötet.

Athens und die Zersplitterung der griechischen Staatengemeinschaft rührten dennoch nicht an Athens Weiterexistenz – trotz innerer Kämpfe zwischen Arm und Reich oder des oben erwähnten Zwischenspiels der „Herrschaft der Dreißig“, das nach einem Jahr wieder zur Demokratie führte.

Diese Unruhen, Instabilitäten und Krisen führten Platon neben einer allgemeinen Entpolitisierung und dem Rückzug ins Private zu zwei schriftstellerischen Reaktionen: er arbeitet an einer Staatsutopie, der Politeia, und er idealisiert die Vergangenheit, insbesondere in den Personen Solon, Drakon und Kleistenes.

Schriften

Abgesehen von 13 Briefen, deren Echtheit immer wieder angezweifelt wurde und von denen allenfalls der sechste, siebte und achte Brief echt sind, besteht Platons geschriebenes Werk aus 35 Dialogen.⁴⁶ Von all seinen Schriften sind drei von besonderer politiktheoretischer Bedeutung, es sind dies die Schriften über

- den „Staat“, die „Republik“, die „Politeia“ bestehend aus 10 Büchern aus dem Jahre 375,
- den „Staatsmann“
- die „Nomoi“, „die Gesetze“, die aus 12 Büchern bestehen und 347 geschrieben, aber unvollständig geblieben sind.

Das Eigentümliche der Platonischen Dialoge ist, dass eine Fülle von Themen in einem Dialog angesprochen und zu einer organischen Einheit verbunden sein kann. Platon vergleicht das geschriebene Wort mit dem Gespräch und lässt Sokrates (ein Dialogpartner in vielen seiner Dialoge) ausführen, dass nur das lebendige Gespräch wahres Wissen lehren könne, da es auf seinen Partner eingeht. Die Personen des Dialoges können ihre Behauptungen erklären und verteidigen.

Gesprächspartner in der Politeia sind Platons leibliche Brüder Adeimantos und Glaukon, sowie Sokrates, Polemarchos, Thrasymachos und Kephalos. Als zentrales Thema wird in diesen Dialogen das Verhältnis zwischen Macht und Gerechtigkeit behandelt. Thrasymachos vertritt darin den Standpunkt, dass Gerechtigkeit nichts anderes sei als der Vorteil des Stärkeren; jede Regierung gebe sich Gesetze zu ihrem eigenen Vorteil, die Demokratie demokratische, die Tyrannis tyrannische etc. Thrasymachos vertritt also den Machtgedanken gegenüber Sokrates, der in moralischen Kategorien argumentiert. Die Gegenargumente von Sokrates gipfeln in der Frage: Was geschieht, wenn sich die jeweilige Regierung täuscht und unwissend etwas für sie Nachteiliges beschließt? Wenn der Stärkere fehlerhaft handelt, dann ist er eben nicht mehr der Stärkere. In diesem Macht-Gerechtigkeits-Dialog scheint Platon die Position des Sokrates und damit

⁴⁶ Chronologisch lassen sie sich zu drei Gruppen ordnen:

Frühe Dialoge: Kriton, Laches, Lysis, Charmides, Euthyphron, Kleiner Hippias, Großer Hippias, Protagoras, Gorgias, Ion, Euthydemos, Menexenos.

Mittlere Dialoge: Menon, Phaidon, Phaidros, Kratylos.

Späte Dialoge: Parmenides, Theaitetos, Timaios, Kritias, Philebos.

In fast allen Dialogen ist Sokrates der wichtigste Dialogpartner (in einigen ist er nur Zuhörer, in einem Dialog nicht präsent); d.h. Platon legt seine Aussagen anderen Personen, also seinen Dialogpartnern, in den Mund.

der Moral einzunehmen, während Thrasymachos die eines ersten Machttheoretikers vertritt. Ralf Dahrendorf hat denn auch das *Lob des Thrasymachos* gesungen.⁴⁷

Textexegesen haben in der Folge zu unterschiedlichen Einschätzungen geführt:

- die *Politeia* kann als beste, als *ideale* Staatsverfassung, d.h. als politische Utopie – oder zumindest als Elemente einer Utopie enthaltende Schrift – angesehen werden (allgemeine Auffassung), die sich vornehmlich mit dem Thema der Gerechtigkeit auseinandersetzt;
- hingegen werden das Alterswerk, die *Nomoi*, sowohl als beste politische Ordnung (Bloch) – da Sokrates nicht als Dialogpartner auftritt – als auch als zweitbesten Staat (Kuhn) angesehen, weil die Mittel der Verwirklichung einer gerechten Ordnung und Ermöglichung eines guten Lebens nicht, wie in der *Politeia*, in idealisierter Form angedacht, sondern stärker auf reale Bedingungen bezogen sind. An die Stelle des weisen Herrschers tritt die Herrschaft des Gesetzes.

Utopische Merkmale

Die *Politeia* kann auf zwei Ebenen analysiert werden: die Realebene macht den schlechten, den unerwünschten Zustand aus, von dem sich auf einer zweiten Ebene ein besserer und erwünschter Zustand kontrastierend abhebt. Gegen einen mißlichen Zustand wird also ein besserer konzipiert:

*„...bis ich schließlich zu der Einsicht kam über alle jetzigen Staaten, dass sie samt und sonders in schlechter Verfassung sind... Und so fand ich mich denn gezwungen, mit einer Hymne auf die rechte Philosophie auszusprechen, dass allein auf sie gegründet es möglich sei zu erkennen, was im Staat und im Leben des einzelnen Menschen gerecht ist.“*⁴⁸

Diese beiden Ebenen werden sichtbar, wenn Platon von „den jetzigen Verhältnissen“⁴⁹ spricht und davon das Land, „ein anderes Ziel des Schönen“⁵⁰, abhebt. So wirft er z.B. die Frage der Teilnahme von Frauen an Kriegsübungen, Gymnastik und Musik im natürlichen Zustand auf und fragt, ob dies nicht lächerlich sein würde. Seine Antwort:

*„Beim Zeus, sagte er, lächerlich würde das freilich scheinen unter den jetzigen Verhältnissen. – Nicht wahr aber, sprach ich, da wir einmal angefangen haben zu reden, dürfen wir auch den Spott der witzigen Leute nicht fürchten, was sie alles sagen könnten auf eine solche Veränderung...“*⁵¹ *„und dieses hat gezeigt, dass derjenige albern ist, der etwas anderes für lächerlich hält als das Schlechte, und wer Lachen erregen will, indem er nach irgendeiner anderen Gestalt des Lächerlichen wegen hinsieht als nach der des Unverständigen und Schlechten, der bemüht sich auch ernsthaft um ein anderes Ziel des Schönen.“*⁵²

47 Ralf Dahrendorf: *Lob des Thrasymachos*. In: *Pfade der Utopia*. München 1986, S. 295. Vgl. auch Walter Reese-Schäfer: *Antike politische Philosophie*. Hamburg: Junius 1998, S. 85–92.

48 7. Brief; die Echtheit ist heute kaum noch umstritten.

49 *Politeia*, 5. Buch, 452b. Ich zitiere im Folgenden die Übersetzung von Friedrich Schleiermacher in der rororo-Ausgabe 1958.

50 *Politeia*, 5. Buch, 452e.

51 *Politeia*, 5. Buch, 452b.

52 *Politeia*, 5. Buch, 452e.

Diese Textstellen deuten auf einen ersten utopischen Entwurf hin, der allerdings keine so klare Trennung von Zeitkritik und Idealentwurf erkennen lässt, wie dies später bei Thomas Morus der Fall sein wird. Platon hat nicht wie Morus empirische Beschreibungen existierender Verhältnisse seiner Utopie vorangestellt.

Die philosophische Reflexion handelt von dem „Wohlgeordneten“ und ewig „gleich Bleibenden“, d.h. dem Göttlichen („ob nun Götter oder Göttersöhne in größerer Zahl [den so beschaffenen Staat] bewohnen“) (739d). Den Philosophen soll durch „göttliche Eingebung“, „wahre Liebe zu wahrer Philosophie eingeflößt“ werden.⁵³ Soll also das Ideal realisiert werden und ist dies möglich und notwendig? Ja, sonst würden „wir umsonst fromme Wünsche“ haben.⁵⁴ Als Mittel zur Erlangung dieses Zustandes soll die Erziehung dienen; dies ist jedoch schwierig, „da es ein göttliches Unterfangen ist.“⁵⁵

Platons Philosophenstaat ist somit nicht reine Utopie, denn die Trennung von Zeitbedingtem und erdachtem Ideal wird nicht trennscharf vorgenommen; dennoch enthält der Philosophenstaat Visionäres zum Besseren und Gerechterem.

Der Idealstaat

Merkmale des (utopischen) Staates sind:

- a) die Ständegesellschaft (vor allem mit privilegiertem Wächterstand);
- b) der Güter- und Landbesitz als Gemeineigentum des Wächterstandes;
- c) die Frauen- und Kindergemeinschaft beim Wächterstand,
- d) die Erziehung,
- e) der Philosophenstaat.

Ad. (a) Die (griechische) Ständegesellschaft

Bis zum Mittelalter werden die Gesellschaften im Allgemeinen in drei Klassen eingeteilt

Mittelalter	Sparta	Platon
Nährstand	Heloten (versklavt)	(Voll)Bürger, Erwerbsstand
Wehrstand (Adel)	Spartiaten (Krieger)	Wächter, Kriegerstand
Lehrstand (Klerus)	Rat der Alten (Gerusia)	Philosophen

Man kann davon ausgehen, dass Sparta für Platon als Vorbild gelten kann, denn es finden sich in seiner Idealgesellschaft Züge, die auch für Sparta charakteristisch waren:

- die Gesellschaft hatte eine egalitäre Ausrichtung; Besitz von Gold und Silber waren bei den Spartiaten, d.h. der Kriegerkaste, verboten.
- ältere Männer konnten ihren Frauen andere Männer zuführen;
- Unverheiratete konnten sich die Frau des Freundes ausleihen.

⁵³ Politeia, 6. Buch, 499c-d.

⁵⁴ Politeia, 6. Buch, 499c.

⁵⁵ Politeia, 10. Buch, 541a.

Indem Platon Sparta als Vorbild genommen hat, kann der Philosophenstaat nicht als reine Utopie betrachtet werden, denn Utopien beschreiben nicht real existierende Wirklichkeiten.

Ad. (b) Güter- und Landbesitz

In den *Nomoi* wird die Größe des Besitzes so bemessen beschrieben, dass er ausreiche, sich bei mäßiger Lebensweise zu ernähren. 5040 sei die passende Zahl von Grundbesitzern; diese setzt sich aus $1 \times 2 \times 3 \times 4 \times 5 \times 6 \times 7 = 5040$ zusammen; geeignet sei diese Zahl deshalb, weil sie durch die Zahlen von 1–10 teilbar und der größte Teiler 59 ist: $5040 / 59 = 85$. Diese Zahl von Grundbesitzern sei nötig, um das Land zu verteidigen.

Die Folge egalitärer Landteilung ist

- die Abschaffung der Wirkung ungleichen Eigentums,
- die Homogenisierung der Nutzenempfindungen: „und dass auch alle insgesamt soviel wie möglich gemeinsam loben und tadeln, indem dasselbe ihnen Freude macht und Verdruß erregt[e]“⁵⁶,
- dass sich Wünsche angleichen; keiner will mehr haben als der andere;
- dass Frieden herrsche, da niemand mehr haben kann als der andere.

Der platonische Kommunismus soll Einheit und Gemeinsamkeit schaffen, sowie durch das Fehlen extremer Ungleichheiten Stabilität erzeugen. Allerdings sind diese Aussagen zum Kommunismus nach Leo Strauss unter folgenden Vorbehalten zu sehen:

- er ist nur auf die oberste Klasse beschränkt;
- die Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft ähnlich der ägyptischen Gesellschaft, wobei hier die Priester und nicht die Philosophen herrschen;
- die Bürger sind Gleiche unter Ungleichen: „Fast unumgänglich notwendig nämlich ist es, dass die Bürger zugleich glücklich und gut werden...; sehr reich dagegen, was die Menge reich nennt, und gut zu werden ist unmöglich.“⁵⁷

Das Streben nach Erwerb steht bei Platon nach den Belangen des Körpers und der Seele erst an dritter Stelle. Damit stellt der platonische Kommunismus eine Art vorkapitalistische Subsistenzwirtschaft und eine Art Klassengesellschaft dar.

Ad (c) Familie/Moral

Frauen und Männer sind im Grundsätzlichen gleich; Frauen können auch öffentliche Ämter wahrnehmen. Allerdings kommt die gesellschaftliche Stellung einer Selektion gleich:

- nur die Tüchtigsten (d.h. die Kriegserprobten) und die Blühendsten (d.h. die in den besten Jahren) dürfen überleben;
- die Kinder der „Tüchtigsten“ werden gemeinschaftlich aufgezogen; die „Untüchtigsten“ werden an einen verborgenen Ort gebracht, (d.h. möglicherweise getötet).
- Kranke und Schwache werden selektiert.

⁵⁶ *Nomoi*, 5. Buch, 739d.

⁵⁷ *Nomoi*, 6. Buch, 742e.

- Mütter werden zum Säugen mit den Kindern zusammengebracht, und zwar eine beliebige Mutter mit einem beliebigen Kind, und nur für den zum Stillen notwendigen Zeitraum.
- Das Zeugungsalter galt für Frauen zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr, für Männer zwischen dem 30. und 55.
- Kinder werden „dem Staat“ geboren.
- Die Obersten und Herrschenden treffen die Auswahl für Hochzeiten, d.h. es wird von oben kontrolliert und reguliert. Die Obersten und Herrschenden sorgen auch dafür, dass nicht zu viel oder zu wenig Kinder geboren werden, denn der Staat soll weder größer noch kleiner werden.
- Kriegsverletzte und an Krankheiten Gestorbene müssen ersetzt werden.

Ad (d) Erziehung

Das Programm der Erziehung sah folgendermaßen aus:

Im Alter

bis 17:	musische Erziehung (Musik, Dichtung, Tanz etc.),
17–20:	Sportliche Ertüchtigung (Gymnastik),
20–30:	Allgemeinbildung, die alle Wissenschaften umfasst,
30–35:	Unterweisung in Dialektik, Ideen als das Wesentliche des Universums (Philosophie),
35–50:	Praktische Tätigkeit in Politik,
ab 50:	Übernahme von Regierungsfunktionen oder wissenschaftliche Studien, metaphysische Dialektik, Schau des höchsten Prinzips als Voraussetzung des Königtums.

Ad (e) Der Philosophenstaat

In ausführlichen Dialogen wird das Für und Wider eines Philosophenstaates erörtert. Dabei wird zunächst die Philosophennatur gekennzeichnet: sie wisse um das Stetige und Unveränderliche, abseits der Tagespolitik. Ihr Blick sei auf das ewig Wahre gerichtet; als „intellektuelle Elite“ sei sie im Gegensatz zur Masse zur Führung berufen – Platon bemüht das Bild des Steuermanns, der den Schiffsleuten voraushabe, die Steuermannskunst zu beherrschen –, unterliege aber auch den Anfechtungen der Anbiederung an und Schmeicheleien durch die Masse. Es gebe solche unwürdige Sophisten, die die „wahre Liebe zu wahrer Philosophie“ in Verruf brächten. Zweifel lässt Platon auch aufkommen, ob denn „die Gelehrten und Gedächtnisreichen und Geistesgegenwärtigen und Scharfsinnigen“ die Fähigkeit zu politischer Führung besäßen; die Neigung zu beschaulichem Leben stehe notwenigem aktivem Handeln entgegen. Sehr selten – so Platons Fazit – falle „Gerechtigkeit, Besonnenheit, Tapferkeit und Weisheit“ zusammen; als Ideal müsse *vita activa* und *vita contemplativa* zusammenfallen.

Als wichtige Textstellen zur Charakterisierung des Philosophenstaates lassen sich die folgenden aus dem fünften und sechsten Buch aus Platons *Politeia* angeben:

5. Buch, Kap. 18: Das Königtum der wahren Philosophen als Bedingung für die Verwirklichung dieses Staates.

„Wenn nicht, sprach ich, entweder die Philosophen Könige werden in den Staaten oder die jetzt so genannten Könige und Gewalthaber wahrhaft und gründlich philosophieren und also dieses beides zusammenfällt, die Staatsgewalt und die Philosophie, die vielerlei Naturen aber, die jetzt zu jedem von beiden einzeln hinzunahen, durch eine Notwendigkeit ausgeschlossen werden, eher gibt es keine Erholung von dem Übel für die Staaten, lieber Glaukon, und ich denke auch nicht für das menschliche Geschlecht, noch kann jemals zuvor diese Staatsverfassung nach Möglichkeit gedeihen und das Licht der Sonne sehen...“⁵⁸

6. Buch, Kap. 1: Forderung, dass die Philosophen als sehende Hüter Führer des Staates sein müssen.

„Da nun die Philosophen die sind, welche das sich immer gleich auf dieselbe Weise Verhaltende fassen können, die aber dies nicht können, sondern immer unter dem Vielen und mannigfach sich Verhaltenden umherirren, nicht Philosophen, welche von beiden müssen demzufolge Führer des Staates sein? – Was müßten wir also wohl hierfür sagen, fragte er, um das Angemessene zu sagen? – Diejenigen von beiden, sprach ich, welche sich imstande zeigen, der Staaten Gesetze und Bestrebungen aufrecht zu erhalten, diese soll man zu Hütern bestellen. – Richtig, sagte er.“⁵⁹

6. Buch, Kap. 2: Die notwendigen Eigenschaften einer philosophischen Natur.

„Dieses, denke ich, soll uns feststehen von den philosophischen Naturen, dass sie Kenntnisse immer lieben, welche ihnen etwas offenbaren von jenem Sein, welches immer ist und nicht durch Entstehen und Vergehen unstet gemacht wird... dass sie ohne Falsch sind und mit Willen auf keine Weise das Falsche annehmen, sondern es hassen, die Wahrheit aber lieben.“⁶⁰

6. Buch, Kap. 8: Art und Weise des Verderbs einer philosophischen Natur

„Wenn du dies alles wohl bedacht hast, so denke auch noch daran, ob wohl das Schöne selbst, nicht die vielerlei schönen Dinge, oder auch jegliches andere selbst und die vielen solchen Dinge, jemals der große Haufe irgendwie annehmen wird oder daran glauben? – Wohl gar nicht, sagte er. – Philosophisch also, sprach ich, kann eine Menge unmöglich sein. – Unmöglich. – Also werden auch notwendig die Philosophierenden von ihr getadelt werden? – Notwendig. – Auch von eben diesen Mietlingen, welche, wenn sie mit dem Volke verkehren, gar zu sehr wünschen, ihm zu gefallen? – Offenbar.“⁶¹

6. Buch, Kap. 11: Welcher Staat ist den Philosophen angemessen, und wie muss er sich mit der Philosophie befassen?

„Aber welche unter den jetzigen Staatsverfassungen, meinst du nun, sei die ihr angemessene? – Nicht irgendeine, antwortete ich; sondern das ist eben meine weitere Klage, dass keine unter den jetzigen Verfassungen einer philosophischen Natur zusagt: darum

58 Politeia, 5. Buch, Kap 18, 473d-e.

59 Politeia, 6. Buch, Kap. 1, 484b-c.

60 Politeia, 6. Buch, Kap. 1, 485b-c.

61 Politeia, 6. Buch, 494a.

*wandelt sie sich auch und ändert sich, wie ein ausländischer Same, in ein anderes Land gestreut, sich nicht zu halten, sondern überwältigt in das Einheimische auszuarten pflegt,...*⁶²

6. Buch, Kap. 13: Die Philosophen als Bildner der menschlichen Einrichtungen im Hinblick auf das Seiende (Ideenwelt) selbst.

*„Denn wer in der Tat seine Gedanken auf das Seiende richtet, oh Adeimantos, hat ja wohl nicht Zeit, hinunterzublicken auf das Treiben der Menschen und im Streit gegen sie sich mit Eifersucht und Widerwillen anzufüllen; dagegen, auf Wohlgeordnetes und sich immer gleich Bleibendes schauend, was unter sich kein Unrecht tut oder leidet, sondern nach Ordnung und Regel sich verhält, werden solche dieses auch nachahmen und sich demnach Vermögen ähnlich bilden. Oder meinst du, es gebe eine Möglichkeit, dass einer das, womit er gern umgeht, nicht nachahme? – Unmöglich. sagte er. – Der Philosoph also, der mit dem Göttlichen und Geregelteten umgeht, wird auch geregelt und göttlich, soweit es nur den Menschen möglich ist. Verleumdung aber gibt es überall viel.“*⁶³

6. Buch, Kap. 15: Notwendigkeit, dass die vollkommenen Hüter Philosophen sein müssen. Seltenheit des Zusammenkommens der philosophischen Anlagen.

*„... und jetzt sei denn dieses gewagt zu sagen, dass man zu den vollkommensten Hütern die Philosophen bestellen muß.“*⁶⁴

Merkmale von Platons Idealstaat:

- Gegen einen schlechten Zustand wird ein besserer konzipiert;
- das Idealmodell ist der Stadtstaat, der klein und übersichtlich ist;
- er befindet sich an einem anderen Ort (Insel Kreta);
- er ist nicht gewachsen aus eigenem Recht,
- er ist eine (relativ) geschlossene Wirtschaft, d.h. der Handel ist erschwert und stellt eine Art vorkapitalistischer Subsistenzwirtschaft dar;
- es gibt Gemeineigentum von Land, Frauen und Kindern (beschränkt auf die oberen Schichten);
- er ist das Ideal, ein Musterbild von „schön und wahr“;
- er besteht aus den Eugeniten, d.h. der Auswahl der „Besten“;
- die Realisierung des Idealstaates ist zwar möglich, aber der Übergang zu ihm unterscheidet sich, mit Ausnahme der Erziehung, nicht von anderen;
- es gibt eine Klassengesellschaft, an der Spitze stehen die Philosophen, die sich am vorgegebenen Schönen, Guten und Wahren orientieren;
- der Philosophenstand (Lehrstand) und der Wächterstand (Wehrstand) lebt vom Erwerbsstand (Nährstand);
- es herrscht eine reglementierte Ordnung;
- bei nivelliertem Land- und Geldbesitz ist die Lebensweise die der Mäßigung;

62 Politeia, 6. Buch, 497a-b.

63 Politeia, 6. Buch, 500b-d.

64 Politeia, 6. Buch, 503b.

- geographisch soll die Stadt eine Mittellage einnehmen, d.h. sich im Zentrum befinden und die Bürger wohnen um den Stadtkern herum.

Politische Theorie

Die „Regierungslehre“ der Antike ist vor allem von Herodot beeinflusst, der unterschied nach:

1. Aristokratie, Monarchie: Regierung der Besten, auf das allgemeine Gute und Gerechte ausgerichtet;
2. Timokratie: ambitionierte Herrscher, die auf Überlegenheit ausgerichtet sind;
3. Oligarchie: Herrschaft der Reichen;
4. Demokratie: Herrschaft freier Männer;
5. Tyrannei: Herrschaft der Ungerechten.

Ein fortlaufender Wandel der politischen Ordnungen kennzeichnet die Geschichte (Evolution als Degeneration): Aristokratie → Timokratie → Oligarchie → Demokratie → Tyrannei. Bei Platon ist dieser Wandel zurückzuführen auf

- den Wechsel der Klassen (reich versus arm),
- den Ehrgeiz,
- die Unzufriedenheit,
- sowie das Freiheitsstreben der Bürger.

Dieser stetige Wandel widerspricht Platons Grundüberzeugung, wonach Veränderung und Bewegung vom Übel, Ruhe aber göttlich sei.

Bewertung

Der Idealismus Platons wurde von Aristoteles sozusagen vom Kopf auf die Beine gestellt. Damit liegt die Analogie zwischen Platon und Hegel einerseits und Aristoteles und Marx andererseits auf der Hand, eine Analogie, die auch noch weiter geht, denn der eine ist der „Lehrer“ des anderen, die jeweils jüngeren formulieren ihre Systeme in kritischer Auseinandersetzung mit den älteren; die Vorgängergeneration ist eher idealistisch, theoretisch, deduktiv, die Nachfolgeneration ist eher realistisch, ökonomisch, empirisch, induktiv.

Die Begriffe Gerechtigkeit, Staat, Gesetz, Philosoph, Wahrheit, das Gute, das Glück sind zwar zeitgebunden; dennoch besitzen sie überzeitliche Bedeutung für das politische Denken. Dass Regierungen ihr Handeln auf Gerechtigkeit, Glück oder Glückseligkeit ausrichten sollen, sind auch heute Maximen, die allerdings für die jeweilige Zeit neu bestimmt werden müssen.

Stellvertretend für die Platonkritiker nenne ich *Karl Popper*, der Platon zu den „falschen Propheten“ rechnet, weil sein Denken totalitäre Züge aufweise; als Elemente dieses Denkens werden genannt:

- Strenge Drei-Klassenteilung mit herrschender Klasse,
- Identifikation des Schicksals des Staates mit dem Schicksal der herrschenden Klasse;

- die herrschende Klasse hat das Alleinrecht auf kriegerische Tugenden, Ausbildung und Erziehung;
- das geistige Schaffen wird durch Zensur kontrolliert ("Pressezensur");
- der Staat muss sich selbst versorgen können (Idee der Autarkie).
- Ferner konstatiert Popper bei Platon ein Führerprinzip: „Der Weise soll führen und herrschen, und der Unwissende soll ihm folgen.“ (Allmacht der Philosophen und damit Bevormundung).
- Diesem Führerprinzip eng verbunden ist die Erziehung, die als Selektionsinstitution dient und somit für die Führerauswahl verantwortlich ist. (Gleichmacherei durch Kindergemeinschaft, Frauengemeinschaft, Besitzgemeinschaft, d.h. Homogenisierung zum Zwecke der Beherrschung);
- Produkt der Erziehung (und nicht der politischen Praxis) ist der Philosoph, der fast allwissend und allmächtig ist;
- Zuchtwahl durch nicht kontrollierte Instanzen;
- die Privatsphäre wird öffentlich durch Vorschriften der Partnerwahl sowie durch die Kindererziehung etc.;
- Reglementierung von Bewegungsmöglichkeiten,
- Kollektiv steht vor Individualität.

Popper sieht in der Rezeption von Platons Schriften zahlreiche Kritikpunkte. Die Interpreten seiner Schriften idealisierten seine Aussagen; darüber hinaus seien sie zum Teil schlecht übersetzt, z.B. lasse die Übersetzung des Begriffs ‚Republik‘ die Assoziation zu modernen Republiken aufkommen; statt des Begriffes ‚Republik‘ hätte man besser Begriffe wie Stadtstaat, Politeia, Verfassung oder Staat wählen sollen. Ähnliches gelte für den Begriff ‚Gerechtigkeit‘, über den in weiten Teilen der Dialoge nachgedacht werde. Statt des Begriffes ‚Gerechtigkeit‘ im modernen Sinne (d.h. funktionale Rechte und Pflichten; Gleichbehandlung vor dem Gesetze; Gesetze benachteiligen nicht einzelne Bürger, Klassen etc.; Unparteilichkeit der Gerichtshöfe usw.) sei Platons Begriff synonym mit dem, „was im Interesse des besten Staates gelegen ist“, und das heißt Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft. Demgegenüber beinhalte der Begriff der Gerechtigkeit heute vor allem Gleichberechtigung ohne natürliche Vorrechte; der Zweck des Staates sei der Schutz der Freiheit seiner Bürger. Für Platon hingegen sei der Endzweck des Staates nicht das Individuum, sondern die Stabilität des Staates. Platons Welt sei die eines „totalitären Halbgottes“; er betreibe das Geschäft älterer Männer, die auf das Bewahren alter Dinge (konservativ) aus und nicht bereit seien, von der Initiative und der Originalität der Jüngeren zu lernen; dies habe seinen Grund vor allem darin, dass Platon die Veränderung und den Wechsel haßte; der Staat diene als Aufzucht einer Herrenrasse, „menschlicher Wachhunde“. Wohltuend hebe sich davon Sokrates ab, der die Welt eines bescheidenen rationalen und skeptischen Individualisten (scio, nescio) repräsentiere.

Die von Platon betriebene Methode der *utopischen Sozialtechnik* müsse als eine Technik der Ganzheitsplanung verstanden werden; dagegen sei die von Fall zu Fall ange-

wandte Sozialtechnik als eine Sozialtechnik der *Einzelprobleme vorzuziehen, weil sie durch ständige Korrektur durch Realität nicht zum Totalitarismus führe.*

Utopische Sozialtechnik	Sozialtechnik der Einzelprobleme
Dogmatismus Gewalt, wenn nötig Ideal soll hergestellt werden	Pragmatismus ohne Gewalt Leid soll gemindert werden

Als *kritische Gegenpositionen zu Popper* lassen sich aufführen:

- Poppers Bewertung enthält einige Einseitigkeiten. So trifft die Gemeineigentums-idee nur für den Wächterstand, nicht für die übrige Bevölkerung zu, und Presse(-zensur) hat es in der Antike nicht gegeben.
- Gegen den Totalitarismusvorwurf muss das für den Verfassungsstaat Neuartige von Platons politischer Philosophie hervorgehoben werden, nämlich, dass er das Recht als Grundlage der Politik betont hat und, nicht wie Tukydidēs, die Macht; dass er Gerechtigkeit als ordnungsstiftendes Prinzip erkannt hat, das die höchstmögliche Einheit in der Vielheit stiftet und dass er die polis als Einheit begreift, die bei ihm mit den Erscheinungsformen der Seele vergleichbar ist.
- Platons Schriften dürfen nicht als Sozialtechnik handlungsanleitend verstanden werden, sondern eher als ideale Möglichkeitsform. Versuche, Platons Schriften handlungsanleitend zu verstehen, verkennen die Intention des Autors.

Wirkungsgeschichtlich gehört die *Politeia*, aber auch die *Nomoi* zu den bedeutendsten Schriften der Politischen Theorie. Nachfolgende Autoren wie Polybios, Cicero, Augustinus oder Morus ließen sich von ihr beeinflussen, ebenso wie Montesquieu, Burke oder Rousseau.

BIBLIOGRAPHIE:

PRIMÄRLITERATUR

Platon: Werke in 8 Bänden. Griechisch und deutsch. Hrsg. von Gunther Eigler. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1977

Platon: Sämtliche Werke in 6 Bänden. Übersetzt von Friedrich Schleiermacher und Hieronymus Müller Rowohlt's Klassiker. Hrsg. von Ernesto Grassi. Hamburg, 1957ff.

Platon: Sämtliche Werke Bd. 3: Phaidon, Politeia (Vom Staat, Die Republik), 10 Bücher (375). Übersetzt von Friedrich Schleiermacher. Rowohlt's Klassiker. Hrsg. von Ernesto Grassi. Hamburg, 1958, S. 70–312. Ich habe nach dieser Ausgabe zitiert.

Platon: Hauptwerke. Ausgew. u. eingel. von Wilhelm Nestle, hier: Der Staatsmann. Stuttgart: Kröner 1938 (2)

Platon: Sämtliche Werke Bd. 6: Nomoi (Die Gesetze); 12 Bücher (347) Übersetzt von Hieronymus Müller. Rowohlt's Klassiker. Hrsg. von Ernesto Grassi. Hamburg 1966

SEKUNDÄRLITERATUR:

- Bleicken, Jochen : Die athenische Demokratie. Paderborn: UTB/Schöningh, 1986
- Bloch; Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Berlin: Aufbau Verlag, 1959
- Gadamer, Hans-Georg: Platons Staat der Erziehung (1942). In: Gesammelte Werke Vol. 5, S. 249–262
- Kuhn, Helmut: Plato. In: Klassiker des Politischen Denkens 1. Von Plato bis Hobbes. München: Beck, 1968, S. 15–44
- Martin, Gottfried: Platon. Hamburg: robor, 1969
- Meier, Christian: Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte. Berlin: Siedler 1993
- Popper, Karl: Die Feinde der offenen Gesellschaft; hierin: Der Zauber Platons. Bd.I. Bern: Francke, 1958
- Reiken, Frieder: Philosophie der Antike. Stuttgart: Kohlhammer, 1988
- Reese-Schäfer, Walter: Antike politische Philosophie. Hamburg: Junius 1998
- Strauß, Leo: Plato. In: History of Political Philosophy. L. Strauss and J. Cropsey (eds.). Chicago/London: University of Chicago Press, 1987³, S. 33–89
- Zehnppennig, Barbara : Platon. In : Th. Stammen/G. Riescher und W. Hofmann (Hrsg.): Hauptwerke der Politischen Theorie. Stuttgart: Kröner 1997, S. 384–397

Aristoteles (384–322 v.C.)

Zur Person

Aristoteles ist ein Name, der am Anfang vieler Wissenschaften steht, nicht nur der Wissenschaft von der Politik. Die politische Theorie des griechischen Philosophen interessiert (bis) heute aus zwei hauptsächlichen Gründen: einem methodologischen und einem inhaltlichen.

Der Grund für das Interesse an der Methodologie hängt eng mit der Frage zusammen, ob die Wissenschaft von der Politik eher eine empirisch vorgehende Disziplin ist (wie Aristoteles meinte) oder nicht (eine Position, die Platon vertrat).

Für Aristoteles gilt, dass er im Einklang mit Platon zwar von einem Politikideal ausgeht, es aber – im Gegensatz zu seinem großen Vorgänger – gerade empirisch näher zu bestimmen versucht. Vor allem seine Ausführungen politischen Ethik, bzw. zur praktischen Philosophie haben ihn in den Augen vieler Interpreten zum Normativisten gestempelt. Diese Kritik besteht zwar zu Recht, aber auf der anderen Seite wäre die Behauptung ungerechtfertigt, dass Aristoteles' politische Theorie sich in dieser Normativität erschöpfte, bzw. dass andere nicht-aristotelische Theorien dementsprechend als nicht normativ angesehen werden können.

Der Grund für das Interesse an den Inhalten der Wissenschaft von der Politik aristotelischer Provenienz besteht einerseits in den Pionierleistungen dieses politischen Philosophen, andererseits in der Mannigfaltigkeit der von ihm erörterten Themen.

Die Kämpfe der Athener Aristokratie sind ihm fremd, denn Aristoteles stammt nicht aus Athen, sondern ist der Sohn eines Griechen, der Arzt des Königs von Mazedonien